

Bezugspreis
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 700.—
in den Ausgabestellen 750.—
durch Zeitungshändler 800.—
am Postamt 990.—
ins Ausland 100 deutsche M.

Kernpreis:
4246, 2273, 3110, 3249.

Teil-Adr.: Tageblatt Posen.

Postcheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint
an allen Werftagen.

Anzeigenpreis:

f. d. Millimeterzeile im

Anzeigenteil innerhalb

Polens... 50.—M.

Reklameteil 180.—M.

Stellen-Gesuche und

Angebote... 40.—M.

Für Aufträge { Millimeterzeile im Anzeigenteil 10.—d. M.
aus Deutschland { Reklameteil 36.—d. M.

Die Reparationskrise.

Die letzten Jahre und besonders die letzten Monate waren für das deutsche Volk und seine Regierung wie ein praktischer Lehrkursus der Politik, in welchem demonstriert wurde, wie man es — nicht machen solle. Als sich im Sommer und Herbst 1921 die Zeichen für eine baldige Zahlungsunfähigkeit Deutschlands häuteten, hat die Reichsregierung Monate verstreichen lassen, ehe sie die Alliierten amtlich von dem in Kenntnis setzte, was natürlich keinem urteilsfähigen In- oder Ausländer mehr zweifelhaft war, von der Unfähigkeit des Reiches, auch nur ein einziges Jahr lang den Londoner Zahlungsplan durchzuführen. Als dann, am 13. Januar d. J., der Bescheid von Cannes mit der widerruflichen Ermäßigung der Barleistungen für die Dauer des Jahres erging, wurde von der Reichsregierung und der in ihrem Sinne schreibenden Presse mehr der Unterschied zwischen dem alten und dem neuen Zahlungsplan hervorgeholt und weniger davon gesprochen, ob denn die neuen Staten auch bis zum Ende des Jahres erschwinglich seien. In vielen deutschen Köpfen setzte sich die gefährliche Idee fest, die Herabminderung der Reparationsverpflichtungen auf ein erträgliches Maß sei ein kontinuierlicher Akt, d. h. ein diplomatischer Feldzug, der von Teilerfolg zu Teilerfolg führen müsse, der aber bei der gegenwärtigen Stimmung der Siegervölker nicht mit einem Schlag zu beenden sei. Man achtete nicht viel darauf, als Frankreich feierlich erklärte, daß dies wirklich das allerletzte Entgegenkommen gegenüber Deutschland sei, und daß man jedes weitere Drängen Deutschlands auf Ermäßigung der Lasten unberücksichtigt lassen werde. In amtlichen deutschen Kreisen fügte man zur Erläuterung hinzu, daß die französische Flotte nicht plötzlich und mit einem Schlag aus den bisherigen Illusionen gerissen werden; es werde durch die Wucht der Ereignisse und die eherne Logik der Tatsachen befehlt werden. Es muß zugegeben werden, daß die Regierung Wirth weder das Londoner Zahlungsprogramm vom 5. Mai 1921 noch auch den ermäßigten Zahlungsplan zu Cannes ausdrücklich als erfüllbar bezeichnet hat. Sie hat sich „zurückhaltend“ ausgedrückt oder ganz gleichwiegen und ist dafür von ihren Freunden im Reiche und draußen als vernünftig und geschickt gelobt worden. Als sich im Sommer d. J. ein abermaliger deutscher Offenbarungseid nicht mehr hinausschieben ließ, hat Frankreich — wie sich jetzt klar heraußstellt — eine Veränderung seiner bisherigen Taktik vorgenommen. Es hat erklärt, daß jedes Abweichen Deutschlands von den nun unwiderruflich zum letzten Male zu revidierenden deutschen Verpflichtungen als „schuldhafte Verfehlung“ anzusehen sei. Es hat weiter Sorge getragen, daß Deutschland seine Zustimmung zu den zu treffenden Reparationsbeschlüssen nicht als erzwungen bezeichnen könnte, indem Deutschland angewiesen wurde, in freien Verhandlungen mit einer Reparationsmacht (Belgien) eine Vereinbarung zu treffen. Würde dann — so kalkulierte man in Paris — Deutschland nochmals in der Erfüllung seiner Verpflichtungen (und zwar diesmal freiwillig übernommen) rückständig, so würde Frankreich den für die zielbewußte Fortsetzung der kontinental-europäischen Gewaltpolitik unentbehrlichen einstimmigen Beschluß der Alliierten auf „schuldhafte Verfehlung“ Deutschlands durchsetzen können.

Die deutsche Reichsregierung hat vor knapp 14 Tagen entrüstet gegen diejenigen vom Leber gezogen (und ziehen lassen), die in der einstimmigen Annahme des belgischen Kompromißvorschlags durch die Reparationskommission keinen Erfolg der deutschen Sache erblicken konnten. Erich Dombrowski vom „Berliner Tageblatt“ fand in seiner Feststellung, daß der Pariser Beschluß vom 31. August ein Erfolg der so viel angefeindeten Wirthschen Erfüllungspolitik sei, in weiten Kreisen Beifall. Selbst in Presseorganen, die gegenüber der seit sechzehn Monaten begonnenen Reichspolitik in der Opposition gestanden hatten, war der Pariser Beschluß als ein Sieg der britischen Verständigungspolitik gegenüber der französischen Gewaltpolitik gefeiert worden. Einige grundsätzliche und höchst bedenkliche neuen Ideen, die im Pariser Beschluß zum Ausdruck kamen, wurden in der deutschen Öffentlichkeit übersehen oder nicht beachtet. Neu war nämlich, daß Deutschland es in der Frage der Wechselgebung und der Garantiegewährung nicht mehr direkt mit der Reparationskommission, sondern mit einer einzelnen Reparationsmacht zu tun haben sollte. Neu war auch die Stellung einer gefährlichen Alternative: entweder Einigung mit Belgien oder aber Hingabe eines reichlichen Viertels der Goldreserve, über die das Reich nicht einmal das Verfügungssrecht besitzt. Neu war schließlich die Einmütigkeit, mit der die Reparationsmächte und sogar das nicht offiziell vertretene Amerika dem Beschluß zustimmen. Mag bei der Reichsregierung das Vertrauen auf eine Verständigung mit Belgien über die Wechselgarantien noch so groß gewesen sein, das Risiko, daß von den Alliierten einstimmig die Preisgabe unerlässlicher deutscher Werte verlangt werden könnte, war so unerträglich, daß Deutschland zu dem Pariser Beschluß nicht schweigen durfte. Die Reichsregierung hat alles auf eine Karte gesetzt, auf die Karte der Verständigung mit Belgien. Sehr milde gesagt, hat sich Dr. Wirth in dem Hauptpunkte der Reparationskrise verrechnet. Über die Einzelheiten des deutschen Vorschages zu sprechen, hat nur wenig praktischen Wert. Deutschland hatte die Prolongierung wenigstens eines Teiles der Wechsel bis Mitte August

In Anbetracht der in der Presse erscheinenden widersprechenden Nachrichten über den Wahlblock der völkischen Minderheiten gibt das Pressebüro des Central-Komitees des Minderheitenblocks folgendes bekannt:

Der Block der völkischen Minderheiten entstand als unausbleibliche Folge der Wahlordnung, die dahin zielt, die den Minderheiten im Sinne der demokratischen Grundsätze kommende Mandatenzahl zu verringern.

Vor dem Entstehen dieses Blocks warnten die Vertreter der völkischen Minderheiten von der Sejmtribüne aus, ehe die Wahlordnung zur Annahme gelangte.

Im Block sind die folgenden völkischen Minderheiten vertreten: 1. Weißrussen, 2. Deutsche, 3. Russen, 4. Ruthenen und 5. Juden. Der Block hat für die Zeit der Wahlen rein technischen Charakter.

Entgegen den ausgestreuten Gerüchten steht der Block ausschließlich auf dem Boden der polnischen Staatslichkeit; von einer Freiheit, wie dies einige Blätter darstellen, kann keine Rede sein.

Indem sich das Pressebüro auf den Bericht des weißrussischen Sekretariats beruft, widerlegt es die von einigen Blättern gebrachte Nachricht, als ob die dem Block beigetretenen Weißrussen nicht die weißrussische Bevölkerung repräsentieren, sondern eine für fremdes Geld erhaltenen Gruppe der weißrussischen Intelligenz vorstellen.

Ebenso falsch ist die Nachricht, daß sich die sozialistischen Parteien der Minderheiten vom Block abgewandt haben; die Ruthenen und Weißrussen vertreten alle ihre sozialistischen Gruppen; sie vertreten auch ihre ländliche Bevölkerung, was bereits durch die persönliche Zusammensetzung des Central-Komitees dieser Vertretungen bewiesen wird. Von Seiten der Deutschen gehören dem Block die sozialistische Arbeiterpartei in Podz sowie die deutsche sozialdemokratische Partei in Bromberg an.

Zu dergleichen Nachrichten muß auch die von der bundessozialen „Völkerzeitung“ lancierte Nachricht über einen angeblichen Protest der Juden gegen gewisse, angeblich dem Block angehörende Ukrainer-Petlurowzen, deren Hände mit jüdischem Blut besetzt sind, gezählt

Der Minderheitenblock.

werden. Weder gibt es einen ähnlichen Petlurowzen unter den Ukrainen, noch hat es überhaupt einen Protest gegeben.

Übrigens wird das besonders angelegte Pressebüro des Blocks der völkischen Minderheiten der öffentlichen Meinung über den Block eine Zusammenfassung und seine Tätigkeit erschöpfende Auskünfte unterbreiten.

Gegen das „Journal de Pologne.“

Das in Warschau erscheinende „Journal de Pologne“ brachte in seiner Ausgabe vom 3. September falsche und tendenziös entstellte Mitteilungen über die Organisationsarbeit des Minderheitenblocks mit folgender Erklärung entgegen:

Der Minderheitenblock, der einzige und allein geschlossen wurde, um das Unrecht wieder gut zu machen, das die Wahlordnung den Nationalitätsminderheiten zugefügt hat, weist mit Verachtung die Insinuationen des „Journal de Pologne“ zurück, die übrigens ganz sinnlos und nur auf die Leichtgläubigkeit maßgebender ausländischer Faktoren berechnet sind, in deren Augen man die gemeinsame Verteidigungsaktion aller Nationalitätsminderheiten in Polen bis redetieren will. Wahrscheinlich ist schwer, eine derartige Ausführung des „Journal de Pologne“ ernst zu nehmen, wie zum Beispiel, daß der Minderheitenblock mir gegründet wurde, um den Deutschen die Möglichkeit zu erleichtern, in Polen zu regieren, oder auch daß die Juden und Deutsche für die Wahlaktion der Ukrainer und Weißrussen das Geld liefern und zu diesem Zweck 500 Millionen Mark bestimmt haben. Es ist das abgedroschene Argument der polnischen Reaktion und auch der mit ihr verbündeten französischen Reaktion, das immer gegen alle Bemühungen der Minderheiten, sich vor Beschränkungen und Verfolgungen zu schützen, vorgebracht wird.

Der Block protestiert mit aller Entschiedenheit gegen ein solches herausforderndes Auftreten des französischen Blattes in Warschau und drückt die Überzeugung aus, daß die nicht durch Chauvinismus und Rassenhass verbündeten fortschrittlichen Kreise der polnischen Allgemeinheit den wirklichen Zweck solcher Insinuationen begreifen und sie entsprechend behandeln werden.

Die Herbstsession des Sejm.

Warschau, 14. Sept. Der Vizemarschall des Sejm, Osiecki, hat auf eine Anfrage über die Dauer der Herbstsession des Sejm dem Mitarbeiter des „Kurier Lpz.“ erklärt, daß die Session nicht länger als einige Tage dauern werde. Der Sejm werde sich mit der Selbstverwaltung Ostgaliziens sowie mit den Finanzentwürfen beschäftigen, die der Finanzminister einbringen wird.

Warschau, 14. September. Die Presse meldet, daß die Frage der Selbstverwaltung Ostgaliziens sowie die drei Gesetzentwürfe über die Besoldung der Staatsbeamten, das Wasserstraßengesetz und die Frage des Baues des polnischen Hafens in Gdingen auf der Tagesordnung der Herbstsession des Sejm stehen werden. In der ersten Sitzung, d. h. am 19. d. Mts., wird der Finanzminister seine Programmrede halten.

1924 vorgeschlagen, weil die Reichsbank sonst für sich keine Möglichkeit sah, einen Teil der Garantie zu übernehmen. Daß die deutsche Industrie von sich aus — wenigstens vorläufig — keinen weiteren Teil der Garantie übernehmen wollte, ist wohl hauptsächlich aus zwei Gründen zu erklären: Zunächst bedeutet das Stinnes-Abkommen für die deutsche Industrie die Übernahme großer Verbindlichkeiten. Dann aber wäre die bereits von der Reichsbank übernommene Garantie — wenigstens indirekt — eine Garantie der wertschaffenden deutschen Wirtschaft gewesen. Diese Garantie der Reichsbank sollte nämlich durch Devisen abgelöst werden, welche das Reich bei den — meist industriellen — deutschen Devisenbesitzern einzufordern hätte. Letzten Endes lasten ja alle goldwerten Verpflichtungen, welche vom Reich oder einem unentbehrlichen Glied des deutschen Staats- und Wirtschaftskörpers übernommen werden, auf der gesamten Wirtschaft. Nach dem Abbruch der belgischen Verhandlungen erscheint die Reparationskrise so schwer wie nur irgend vorher. Für die Politik des amtlichen Deutschland waren die letzten zwei Wochen kein Ruhmesblatt, hoffentlich aber wenigstens eine Lehre, die künftig beherzigt wird.

Deutschland lehnt ab.

Berlin, 15. September. Es steht außer jeder Frage, daß das Reichslabirinett gegenüber der belgischen Note zu einem durchaus ablehnenden Standpunkt gelangen wird. Es verlautet, daß der heute, am 15. September, fällige Teil der Ausgleichszahlungen im Betrage von 30 Millionen Goldmark — im ganzen 40 Millionen, von denen bereits 10 Millionen abgezahlt sind — von der deutschen Regierung pünktlich entrichtet werden wird.

Deutsche Pressestimmen.

Die deutschen Zeitungen erklären zum weitaus größten Teil die Forderungen der belgischen Regierung für völlig unannehmbare und erwarten bestimmt deren Ablehnung seitens der deutschen Regierung. Die Forderungen werden als ebenso undiskutabel bezeichnet, wie die Entscheidung der Reparationskommission vom 30. August. „Deutsche Allgemeine Zeitung“: „Es stellt sich also die belgische Regierung in der Tat auf den Standpunkt, den die Reparationskommission in ihrer Entscheidung vom 30. August eingenommen hat. Dieser Vorschlag ist genau so unbefriedigend, wie an dem Tage, als er zum ersten Mal zur Diskussion gestellt wurde. Für die deutsche Regierung kann es hierauf nur eine Antwort geben: „Unannehmbar und undiskutabel.“ — „Tag“: „Damit ist nun doch wohl die deutsche Regierung vor eine vollendete Katastrophe gestellt,

Warschau, 14. September. Gestern mittag hielt Ministerpräsident Nowak eine Konferenz mit dem Sejmarschall über den Arbeitsplan der kommenden Sejmession ab. Vor Festsetzung der Tagesordnung der ersten Sitzung wird noch eine Beratung des Ministerpräsidenten mit dem Sejmarschall stattfinden.

Plojduški in Rumänien.

Plojduški, 15. September. Der rumänische Ministerpräsident Brătianu hat den Staatspräsidenten auf der Station Plojduški erwartet und ihn von dort aus bis nach Sinaia begleitet. In Sinaia erwarteten den Staatspräsidenten König Ferdinand, der Thronfolger und die Regierung in corpore.

Und alle Versuche, den Ernst der belgischen Ablehnung vom letzten Sonnabend durch allerhand Interpretationen zu dämpfen abzuschwächen, müssen ein Ende haben. Die Reichsregierung kann noch allem, was geschehen ist, nur mit einer Ablehnung der belgischen Forderung antworten, schon aus dem Grunde, weil sie schwerlich imstande ist, bis zum 15. September die Summe von 100 Millionen Goldmark zusammenzubringen.“ — „Germania“: „Durch die Forderung der belgischen Regierung hat sich die Lage ohne Zweifel verschärft, aber dennoch möchte man die Hoffnung nicht aufgeben, daß in letzter Stunde eine Einigung zustande kommt. Die deutsche Regierung freilich wird nicht von ihrem wohlgebründeten Standpunkt abgehen können, daß höchstens eine Prolongation als weitere Garantie in Betracht zu ziehen wäre.“ — „Bewärts“: „Von vornherein muß betont werden, daß der Weg auf den sich die belgische Regierung begeben hat, nicht ohne schwere Bedenken ist. Dem Wahrungsverfall, der in den letzten Tagen nur mühsam gegen die Bestrebungen gewisser Kreise aufgehalten werden konnte, ist damit von neuem die Tür geöffnet worden. Es scheint, daß man sich in Belgien über den Ernst dieser Lage, die ihre Schatten weit über die Grenzen Deutschlands hinauswirkt, nicht im Klaren ist. Noch sind nicht alle Türen zugeworfen, aber es muß doch betont werden, daß einseitige Diktate nicht der Weg sind, um dem Wahnsinn ein Ende zu machen, der Europa noch immer gefangen hält, obgleich man sich auch auf der Gegenseite darüber im Klaren ist, daß dieser Wahnsinn nur Methode hat, wenn man Deutschland in das äußerste Unglück stürzen will.“

Englische Bedenken.

London, 15. September. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt zu dem Beschuß der belgischen Regierung: „Die Forderung, daß Deutschland sechsmalige Schachse geben und eine Goldreserve deponieren solle, sei gleichbedeutend mit überhaupt keine Atempause. Im Gegenteil, es werde auf einer Zahlung von Seiten Deutschlands bestanden in einer Form, die für Deutschland selbst schädigend sei und seine finanzielle Stabilität aufs höchste schädige. Wenn, wie wahrscheinlich, Deutschland seine Unfähigkeit erklärt, die belgischen Forderungen zu erfüllen, so müsse die Angelegenheit an die Reparationskommission zurückverwiesen werden.“

Ein Vermittlungsvorschlag Bradburys.

Berlin, 15. September. Es ist die Rede von einem Vermittlungsvorschlag Bradburys, der nach Pariser Meldungen gestern den Belgiern vorgelegt wurde, und der es der belgischen Regierung ermöglichen soll, die von Berlin angebotenen Garantien anzunehmen. Der Vorschlag Bradburys soll auch der deutschen Regierung mitgeteilt werden sein. Es steht lediglich fest, daß sich die Reparationskommission mit den deutsch-belgischen Verhandlungen zunächst offiziell nicht befassen wird. Sie wird eine Mitteilung der belgischen Regierung abwarten. Die belgische Regierung werde diese Mitteilung an die Reparationskommission nicht eher machen, als bis sie im Besitz der deutschen Antwort auf ihre Note gelangt wird. Das Reichskabinett ist gestern nicht zusammengetreten.

Die deutsche Regierung hat, wie man annimmt, nicht die Absicht, zu der belgischen Note Beschlüsse zu fassen, ehe sich nicht klar übersehen lasse, zu welchem Erfolge die Reise des Reichspräsidenten Havemann, der sich nach London begeben hat, um mit der Bank von England in Verhandlungen zu treten, führen wird. Gegenstand dieser Verhandlungen ist die Frage einer eventuellen Übernahme von Garantien durch die Bank von England für die durch Deutschland an Belgien zu handelnden Schambeleidigungen, eine Frage, die schon bei den Verhandlungen in Berlin berührt worden war. Abschließende Entscheidungen sind also in dieser Woche nicht mehr zu erwarten.

Die Not der deutschen Wirtschaft ist ein Weltproblem.

Aöln. 14. September. (Tel.-U.) Der Abg. Dr. Stroemann sprach in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes rheinischer Industrieller über die Not der deutschen Wirtschaft. Stroemann führte u. a. folgendes aus: Die Not der deutschen Wirtschaft interessiere nicht nur die deutsche Öffentlichkeit, sondern sie sei ein Weltproblem geworden. Die Hauptursache für die deutsche Wirtschaftsnos sei der Frieden von Versailles. Das erste Erfordernis, um der wirtschaftlichen Notwirkung zu begegnen, wäre, die errütteten Währungsverhältnisse Deutschlands in Ordnung zu bringen, d. h. also ein weltwirtschaftliches Erfordernis allen politischen Bestrebungen voranzustellen. Die Gründe für das Nachlassen der deutschen Arbeitsintensität seien vor allem in der Gleichstellung der jugendlichen Arbeiter mit den älteren verheirateten Arbeitern zu suchen und darin, daß heutzutage zwischen den Hilfsarbeitern und Qualitätsarbeitern differenziert würde. Auch die gewaltige Steigerung des Schatzkonsums in Deutschland sei mit Schuld am dem gewaltigen Rückgang der Produktionsfähigkeit. Die Privatspekulation in Devisen bedeute die moralische Verlumpung eines Volkes, gegen die mit allen Mitteln angekämpft werden müsse. Bedauernswert sei nur, daß die deutsche Staatsregierung noch nicht Mittel und Wege gefunden habe, um hier wirksam einzutreten. Der Redner erklärt es für absolut falsch, wenn die deutsche Industrie in ausländischer Währung fakturiere. Denn wenn die Deutschen selbst die deutsche Mark verachteten, wie könne man dann verlangen, daß das Ausland der Mark auch nur das kleinste Maß von Achtung entgegenbringe. Das Wichtigste für den Wiederaufbau sei zunächst die Erhaltung des Reiches und des Konsrates Preußen. Ob die Revolution vollkommen überwunden wäre und ob Deutschland nicht noch einmal von einer anderen sozialen Revolution stehen würde, die noch viel schlimmer sein könnte, als die Revolution von 1918, diese Frage sei noch nicht entschieden. Hier entgegenzuwirken, sei aller Aufgabe. Der Redner sei der Meinung, daß dies weniger die Politiker, als die Führer der Wirtschaft mit Erfolg tun könnten. Gehe das Rheinland verloren, so sei damit die deutsche Wirtschaft vernichtet. Im Rheinland entscheide sich das deutsche Schicksal. Es dürfe in Deutschland keine Rheinfrage geben, sondern nur ein Rheinland im Deutschen Reich. Die Führer der deutschen Industrie im Rheinland müßten unter Überwindung aller parteipolitischen Engerzigkeit führen, um in dem Bestreben, das Rheinland Deutschland zu erhalten und bei dem Bestreben der Wiedergesundung des deutschen Vaterlandes.

Ein neues Kompromiß?

Paris, 15. September. In hiesigen politischen Kreisen wird mit der Möglichkeit eines Kompromisses in der Frage der Garantien für die deutschen Schatzscheine gerechnet. Die von Deutschland verlangte Prolongierung soll gewährt werden, aber nicht auf 18 Monate, sondern auf ein Jahr. Die belgischen, italienischen und englischen Delegierten haben diesem Vorschlag bereits zugestimmt. Man erklärte, daß auch Poincaré diesen Vorschlag billigen wird, um so mehr, als der Wunsch vorherrscht, zur Krise im Orient nicht auch noch eine neue Reparationskrise zu läufen. Eine Regelung wird von der französischen Regierung, wie man in hiesigen Kreisen erklärt, auch deshalb gewünscht, weil eine neue Reparationskrise das Stinnes-Lubarsac-Abkommen außerordentlich beeinträchtigen würde.

Ein Block der Neutralen.

Görlitz, 15. Sept. In Völkerbundskreisen bespricht man zurzeit die Reise Brantings von Genf nach Schweden und gibt der Ansicht Ausdruck, daß der Besuch der holländischen Königin in Schweden die bereits vor einigen Monaten hier besprochene Frage der Bildung eines Blocks der Neutralen von neuem aufwerfen werde. Man glaubt, daß jetzt, wo infolge der Umbildung der alten Gruppierung unter der Bildung neuer Völkergruppen die Lage in der Welt vermehrter als je sei, eine Vereinigung der ehemaligen neutralen Staaten zur Vertretung gemeinsamen Interesses für die Frage des Wiederaufbaus der Welt nur möglich sein könnte. Branting wird in einigen Tagen in Genf zurückkehren.

Magnus Wörland und seine Erben.

Roman von Günther von Hohenfels.

(24. Fortsetzung.)

Machdruck verboten.

Braunes Leder, altersgebräunt, an einer Ecke etwas abgeschnitten. Er starrte den Kasten an — Wahnsinn! Das war natürlich die Geige des Zimmerkollegen. Er konnte den Blick nicht abwenden; je mehr den Kasten beschaut, um so mehr wurde er irre. Es war ja unmöglich! Aber den Kasten würde er überall als den seinen bezeichnet haben. Im Schloß steckte der Schlüssel, er konnte der Versuchung nicht widerstehen, noch einmal lauschte er hinaus, es kam niemand, dann öffnete er den Deckel. Jetzt wurde ihm glühend heiß, er starrte auf das Innere des Deckels, da hob sich vom braunen Ledergrunde ein kleines Messingstahl, und auf diesem war sein Name eingraviert: "Magnus Wörland, Bremen." Er selbst hatte vor noch nicht vierzehn Tagen das kleine Schildchen anbringen lassen.

Seine Geige! Er nahm sie heraus — liebkosend strich er über den schlanken, braunen Körper: seine Geige! Wie kam sie hierher? Wie war das möglich. War sein Zimmergenosse ein Dieb, hatte er ihn in Bremen bestohlen? Wahnsinnige, unglaubliche Kombination, aber doch! Er hatte sie ja ganz gewiß nicht mitgenommen, und nun war sie hier, stand hier ganz einfach auf dem Tisch! Uneingepackt, den Schlüssel im Schlüsselloch, als sei sie eben gespielt worden. Er hatte sie unwillkürlich an die Schulter gelehnt und ließ ein paar Töne erklingen.

Da kam der "Untere Mann" herein. Er war wirklich eine Art Riese. Ein großer, schwarzaugiger Spanier, ein wettergebräunter, treuerziges Gesicht, ein schwarzer Nebelbart, ein Gemisch von Stärke und Gutmütigkeit. Der sah ihn lächelnd an und klatschte, als wolle er seine Freude am Geigenspiel ausdrücken. "Sie entschuldigen, haben Sie vielleicht die Geige hierher gelegt?" Der Spanier verstand von der Rede kein Wort, aber er lächelte verbindlich. Magnus legte die Geige in einen auffälligen Koffer und schloß zu, er sah dabei den Abschluß.

Abrüstungsberatungen im Völkerbund.

Görlitz, 14. September. Der dritte Ausschuß des Völkerbundes hat am Dienstag über die Abrüstungsfrage beraten. Der französische Delegierte Lange gab der Befürchtung Ausdruck, daß die Garantieverträge sich in Rüstungsverträge verwandeln könnten, die anstatt einer Herauslösung, eine Belehrung der Streitkräfte zur Folge haben, auf jeden Fall aber das gegenseitige Misstrauen verstärken würden. Lord Cecil bedauerte, daß sich eine sonderbare Lage gebildet habe. Er und Lange seien die ersten gewesen, die für die Abrüstung eingetreten seien. Nun mache der französische Delegierte Lange den Vorwurf, daß er in dieser Frage Hindernisse in den Weg gelegt habe. Der Senator Jouvenal befand noch einmal, daß die französische Regierung ihm eine Instruktion gegeben habe, die dahin gehe, mit aller Kraft die geplante Abrüstung zu unterstützen. Lange erklärte, daß auch er nichts anderes wünsche, fordert aber, daß die Garantieverträge gegeneinander gerichtet seien sollen. Der italienische Delegierte forderte die Aufnahme einer Klausel, daß die Garantieverträge zu keinem der geltenden Verträge im Widerspruch stehen dürfen. Ferner wurde über die Frage der Schiedsgerichtshöfe beraten. Nach langen Debatten waren diese Angelegenheiten einem Auschluß überwiesen, der sich aus Vertretern Japans, Polens, Hollands, Schwedens und Belgiens zusammensetzt.

Die Pläne der polnischen Regierung.

Auf Einladung des Ministerpräsidenten Nowak und des Finanzministers Postrebski fand am Mittwoch im Präsidium des Ministerrates eine Pressekonferenz statt, deren Verlauf nach Berichten der polnischen Blätter folgender gewesen ist:

Ministerpräsident Nowak eröffnete die Konferenz, indem er ausdrücklich betonte, daß er es wünsche, daß die Presse über die Pläne und Arbeiten der Regierung möglichst genau unterrichtet sei, und deshalb die Vertreter der Hauptstadtpresse zu sich gebeten habe, um die aktuellen Fragen in der inneren und äußeren Politik zu besprechen.

Der Minister berührte dann die ostgalizische Frage und erklärte, daß die Regierung dem Sejm die Grundsätze der Selbstverwaltung für die Wojewodschaften in diesen Teile der Republik unterbreiten werde. Diese Grundsätze seien den Großmächten mitgeteilt worden.

Ministerpräsident Nowak schilderte dann eingehend die Lage in Oberschlesien und versicherte, daß die Regierung alles tun, was in ihren Kräften stände, um die Finanz- und Ernährungsschwierigkeiten zu beheben, die infolge der Finanzkrise in Deutschland und der Abwärtsbewegung des Kurzes der deutschen Mark sowie des dadurch bewirkten Mangels an Getreide in Oberschlesien entstanden sind.

Die polnische Regierung hat eine beträchtliche Menge von polnischen Umlaufmitteln abgesandt, die ohne Schwierigkeiten von den in Oberschlesien gegründeten Zweigstellen der Polnischen Handelsdarlehenskasse in deutsche Werte eingewechselt werden. Zwei Befreiungen der Verlehrsmängel sind Schritte unternommen worden hinreichlich entsprechender Art. Der Bau der Eisenbahnstrecke Kempen-Wieluń-Sieradz wird in die Wege geleitet werden. Die Regierung hat eine Verfügung erlassen, welche die Einfuhr von Lebensmitteln nach Oberschlesien erleichtert, und hat selbst Lieferungen von Getreide aus dem Posener Gebiet organisiert. Die gegenwärtige Krise in Oberschlesien ist nur als vorübergehend anzusehen.

Ministerpräsident Nowak und Minister Postrebski betonten, daß die Bekämpfung der Leistungskraft einer der wichtigsten Aufgaben der Regierung sei. Die Regierung will eine Stabilisierung der Preise herbeiführen und die Spekulation einzämmen. Zwangsmittel wird die Regierung nicht anwenden; dagegen will sie mit Hilfe einer Kreditaktion auf die Produzenten einwirken, um eine Verbilligung der Produktion zu bewirken. Es konnte bereits ein beträchtlicher Unterschied zwischen dem Getreidepreis und dem Wechselpreis erreicht werden. Es werden dann den Konsumentenorganisationen Kredite gewährt werden.

Die Getreidekrise ist sehr reichlich und übersteigt den Bedarf. Die Landwirte werfen jedoch nicht das ganze Getreide auf den Markt. Ein Teil des Getreides wird zurückgehalten, und zwar von den kleinen Landwirten, die einen gewissen Vorrat für sich zurück behalten und nur den Überschuss auf den Markt bringen. Die Ausfuhr von Getreide ist verboten; dieses Verbot wird nicht aufgehoben. Auch das Verbot der Ausfuhr von Rosten- und Hornvieh wird beibehalten werden.

Spanier an, aber der tat durchaus nicht, als ob ihn das etwas angeginge. Er betrachtete offenbar die Geige als Magnus' Eigentum und hatte nichts mit ihrem wunderbaren Erscheinen zu tun. Aber er streckte seine Hand aus und sagte: "Don Hermanno de Vendoza." — "Magnus Wörland." Magnus ergriff des Spaniers Hand, die dieser kräftig drückte. „Descanse Usted en mi!" Jedermann war das eine gutgemeinte Beteuerung. Magnus verbeugte sich, dann aber zog er hinaus, für zwei war die Kabine zu eng, und das augenscheinliche Wunder mit der Geige ließ ihm keine Ruhe. Er ging zum Steward. „Bitte Sie vielleicht, wie die Geige in meine Kabine kam?" — "Die da auf dem Tisch stand? Ich habe sie gesehen; gehört sie Ihnen nicht?" — "Doch, aber ich hatte sie an Land vergessen." Was sollte er anders sagen, wenn er sie nicht wieder hergeben wollte, und es war doch seine. „Vielleicht ist sie in der Schiffssagentur abgegeben worden, und der Agent hat sie mit der Kabinenummer versehen und nachgeschickt." — "So wird es sein."

Die Erklärung mochte dem Steward genügen, aber nicht ihm. Er ging an Deck. War denn jemand auf dem Schiff, der ihn kannte? Sie waren nun in den Kanal hinausgefahren, und die Wellen gingen höher, die Angst vor der Seeankunft und die scharfe Morgenluft hatten die Menschen in die verschiedenen Konversationsräume getrieben. Er lehnte sich auf die Reling und schaute zur holländischen Küste hinüber, die langsam kleiner und kleiner wurde. Und wieder mußte er an Magna denken, er blickte hinunter in die leise schwämmenden Wellen und achtete nicht darauf, daß seine Augen feucht wurden vor Sehnsucht und Heimweh.

Da war ihm, als sei dicht neben ihm eine Gestalt. Er blieb sich um und sah, daß eine Dame dort saß, die ihr Gesicht hinter einem Schleier verbarg, offenbar war auch sie traurig. Magnus rückte ein wenig ab, er war gewiß nicht in der Stimmung, mit einer Fremden zu sprechen. Aber es dauerte nicht lange, da fühlte er, daß die Dame wieder dicht hinter ihm war. Er ärgerte sich, daß was doch unglaublich ließ die Person ihm nach? Gleich, eine Stunde nach der Abfahrt. Wieder rückte er fort und wieder drückte sie sich

Die Buderrübenernte ist groß. Der aus der diesjährigen Kampagne erhaltene Buder wird kaum 50 Mark teurer sein als der aus den Vorräten des Finanzministeriums zum Preise von 650 Mark das Kilogr. verkaufte Buder. Auch die Kartoffelernte ist sehr stark. Die Schwierigkeiten, die den Kohlenpreis beeinflussen, sind ernster Natur. Brot, Fleisch, Fette, Geflügel, Eier sind gesichert.

Minister Postrebski machte dann die Versammelten mit seinen Finanzplänen bekannt. Die Regierung muß damit rechnen, daß die direkte Steuern fast gar nicht existieren. Die Grundsteuer reicht kaum für die Kosten der Verwaltung. Die Regierung beabsichtigt, die Grundsteuer um das Zwanzigfache zu erhöhen. Die neuen Finanzpläne werden wegen der kurzen Session nicht angenommen werden können. Die Regierung ist gegen eine Zwangsanleihe.

Polen und Danzig.

Ministerpräsident Nowak empfing vor einigen Tagen einen Vertreter der "Danz. Neuest. Nachr." und sprach sich ihm gegenüber über die Beziehungen zwischen Polen und Danzig aus. Das genannte Danziger Blatt berichtet folgendes über dieses Gespräch:

Ministerpräsident Nowak erklärte, daß sich zwischen polnischer Regierung und Danziger Senat zeige, und betonte wiederholt, daß er dennoch mit Vertrauen in die Zukunft blicke. Präsident Nowak, der Danzig gut kennt und im Winter als Krakauer Universitätsrektor anlässlich der Danziger Pressefahrt sich rege für die Gestaltung der Danzig-polnischen Beziehungen interessierte, hält eine längere Sitzungsperiode vor der erwünschten Annäherung für völlig natürlich angegesichts der Umstände, unter denen sich die Vereinigung Danzigs mit dem polnischen Wirtschaftsgebiete vollzog. Er betonte, es liege im öffentlichen Interesse Polens, Danzig eine möglichst gute Entwicklung zu fördern, und dazu gehöre die Möglichkeit des Arbeits unter freier Stimme. Die augenblicklich brennenden Streitigkeiten zwischen Danzig und Polen möchte der Ministerpräsident nicht als sürenden Ballast der Entwicklung auf die Zukunftsfahrt mitnehmen. Er sagte etwa:

Danzig ist sehr eifersüchtig auch auf die allerleinsten Symptome seiner Unabhängigkeit. Infolge dieser starren Empfindlichkeit fühlt es Anschläge auf seine Unabhängigkeit dort, wo nur die Konsequenzen seines engen Zusammenlebens mit einem großen Staat auftreten, der seine Politik nach großen Linien führen muß. Ich bin aber überzeugt, daß Danzig mit der Zeit seine unbegründeten Befürchtungen verlieren wird.

Beim Gespräch über die Stimmung haben und drücken, daß amtliche und die öffentliche sozusagen, äußerte der Ministerpräsident den Gedanke, daß doch schon viele Danziger, die das Auge mehr auf die wirtschaftlichen Verhältnisse als auf die Politik richten, die Vorteile der Verbindung mit Polen erkennen. Es sei nötig, daß man in Danzig verstehe, daß die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Polen zwingen, die durch die Verträge ihm aufzuhenden Rechte in Danzig genau zu wahren; überdies ließen sie sich durchaus mit den berechtigten Ansprüchen der Danziger in Vereinstimmung bringen.

Das Gespräch galt über auf die Tatsache, daß so viele strittige Fragen nicht im Wege der Verhandlungen, sondern durch Entscheidung des Völkerbundkommissars oder des Völkerbundes erst erledigt werden. Ministerpräsident Nowak meinte, wenn man in Danzig sich lediglich von den objektiven Tatsachen des Wirtschaftslebens in seiner Politik leiten ließe, so würde sich leicht in jeder Frage eine Vereinigung erzielen lassen — die jedenfalls erwünschter sei und dauerhaftere Resultate erzeuge als ein Schiedsspruch.

"Die Politik der polnischen Regierung" — sagte der Ministerpräsident am Schluss der Unterredung — "ist in vollem Maße verständlich, sie achtet den Unabhängigkeitsgeist der Danziger und benutzt jede Möglichkeit des Kompromisses gern."

Wojewodschaft Schlesien.

Die Amtssprache.

In Nr. 70 des "Dziennik Ustaw" vom 2. August erschien eine Verordnung des Justizministers, welche die Übergangsvorschriften bezüglich des Gebrauchs der polnischen Sprache in Gerichten und bei Notaren im polnischen Teile Oberschlesiens betrifft.

Die Amtssprache im Gerichtswesen und bei Notaren ist die polnische Sprache. Die Vorschriften, die im polnischen Teile Oberschlesiens betreffen.

Danziger Kurse vom 15. September.

Die polnische Mark in Danzig	21½
Der Dollar in Danzig	1475
Tendenz:	schwächer.

Sie streckte ihm die Hand entgegen und stand vor ihm, die liebe, fröhliche Magna, wie sie in Bremen gewesen, nur daß ein wenig wie Wehnunt und Nährung um ihre Augen zuckte. Noch immer rührte er sich nicht, noch immer war in seinen Augen etwas, als traue er seinen Sinnen nicht. „Ich bin es wirklich und kein Gespenst.“ — „Magna — Du! Wie kommst Du hierher?“ — „Ich mache eine kleine Spazierfahrt nach Buenos Aires, vielleicht kaufe ich mir da auch eine Estancia oder sage eine Reederei an. Hast Du etwas dagegen?“ Dann aber wurde sie plötzlich ganz ernst und weich. „Hast Du wirklich geglaubt, daß ich das Gelöbnis der Treue und Liebe, das ich Dir gab, so leichtfertig aussaßte, daß ich mich so mir nichts Dir nichts verloben und wieder entloben lasse? Hast Du wirklich so wenig an meine Liebe geglaubt?“

(Fortsetzung folgt.)

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— Bach-Reger-Fest in Heidelberg. Vom 25. bis zum 29. Oktober veranstaltet die Stadt Heidelberg eine Bach-Reger-Fest, zu der u. a. hervorragende Solisten ihre Mitwirkung angesagt haben. Die künstlerische Oberleitung liegt in den Händen des Direktors des musikhistorischen Seminars der Universität, Herrn Prof. Dr. Theodor Rethor; die musikalische Leitung haben die Herren Paul Rabig (städtischer Musikdirektor), Paul Gies (Direktor der Musikakademie) und Dr. H. M. Koppen (akademischer Musikdirektor) übernommen.

schlesiens bisher hinsichtlich der Amtssprache in den genannten Gebieten maßgebend waren, behalten Rechtskraft mit der Abänderung, daß an Stelle der deutschen Sprache die polnische Sprache tritt. Das Recht, die deutsche Sprache neben der Amtssprache zu gebrauchen, das für Verfahren vor gewöhnlichen Gerichten des Polen zuerkannten Teiles Oberschlesiens in der polnisch-deutschen Konvention (geschlossen am 15. Mai 1922 in Genf) zugebilligt wurde, bezieht sich auch auf Verfahren vor den Notaren, die ihren Sitz im oberösterreichischen Teil der schlesischen Woiwodschaft haben. Richter, Justizbeamte oder Notare, die nicht imstande sind, ihre Tätigkeit in der Amtssprache auszuüben, dürfen bei Ausübung ihrer Tätigkeit sich der deutschen Sprache und zwar für folgenden Zeitraum bedienen: Richter und Justizbeamte innerhalb eines Jahres nach Amtseid ihres Dienstes bei polnischen Gerichten, kommissarische Richter, kommissarische Unterstaatsanwälte und Notare bis 15. Juli 1926. Wenn solche Personen sich bei der Ausübung ihrer Amtstätigkeit an Behörden oder Ämtern wenden, die ihren Sitz in anderen Teilen der Republik Polen haben, so dürfen die betreffenden Schreiben nur in polnischer Sprache abgesetzt sein. Wenn die beteiligten Parteien gegenüber den obengenannten amtlichen Personen Erklärungen in der Amtssprache abgeben, muß ein vereidigter Dolmetscher hinzugezogen werden, auch wenn die beteiligte Partei nicht erklärt, daß sie der deutschen Sprache nicht mächtig sei.

Der Mangel an deutschen Zahlungsmitteln.

Im Zusammenhang mit dem im polnisch gewordenen Teile Oberschlesiens vorgekommenen Ausschreitungen gegen Lebensmittelverkäufer hat die polnische Presse die deutsche Regierung für den Mangel an deutschen Zahlungsmitteln im abgetretenen Gebiete verantwortlich gemacht und behauptet, daß die deutsche Regierung durch das Genfer Abkommen die Verpflichtung übernommen habe, das Land mit deutschem Gelde zu versorgen; sie entziehe sich jetzt ihrer Verpflichtung und die Bevölkerung sehe deshalb einer Wirtschaftskatastrophe entgegen. — Von mittlicher Seite wird demgegenüber darauf hingewiesen, daß die deutsche Regierung durch das Genfer Abkommen keine derartigen Verpflichtungen übernommen habe, Ost-Oberschlesien unbegrenzt mit deutschen Zahlungsmitteln zu versorgen. Nach dem deutsch-polnischen Abkommen vom 15. Mai sollen die deutschen Bankniederlassungen lediglich bemüht sein, die zur Deckung des Kreditbedürfnisses in Polnisch-Oberschlesien erforderlichen Mittel in demselben Umfang und nach denselben Grundsätzen wie bisher zur Verfügung zu stellen. Die deutschen Banken seien dieser Verpflichtung bisher in vollem Umfang nachgekommen; besonders sei die Reichsbankstelle in Gleiwitz stets voll mit Zahlungsmitteln bestückt worden.

Seipels Bericht.

Bien, 15. September. Bundeskanzler Dr. Seipel hat am Mittwoch im Auswärtigen Ausschuß Bericht über seine Verhandlungen in Genf erstattet. Zum ersten Male hört man offiziell aus seinem Munde, daß die Schweiz, Italien und die Tschechoslowakei bereit seien, Kredite zu garantieren, welche die Banken dieser Länder gemahnen wollen. Dr. Seipel gab der Erwartung Ausdruck, daß die Banken anderer Länder sich den Banken der genannten drei Staaten anschließen werden. Die österreichische Regierung beabsichtigt eine Anleihe in Amerika aufzulegen und hat bereits die prinzipielle Zusage der Bankengruppe Morganthau und Kahn erhalten, nach Erfüllung der vom Bölkow-Komitee festzustellenden Bedingungen die Auslegung dieser Anleihe in Amerika zu propagieren. Hauptbedingung sind die Einführung einer internationalen Finanz- und Verwaltungskontrolle, Umwandlung der Reichswehr in eine Miliz und Verstärkung der österreichischen Gendarmerie eventuell unter der Kontrolle ausländischer Offiziere. Vor der Einführung einer internationalen Gendarmerie in Österreich war bei den offiziellen Besprechungen Dr. Seipels nicht die Rede. Dr. Seipel will am 26. September noch einmal nach Genf reisen, um dort die Kreditfrage zum Abschluß zu bringen.

Eine neue Kabinettsskrise in Österreich?

Bien, 15. September. Die Lage des Kabinetts Seipels hat sich sehr verschärft, denn es ist fraglich, ob es möglich sein wird, die in Genf für einen Kredit festgelegten Bedingungen im österreichischen Parlament durchzuführen. In erster Linie sprechen sich die Sozialdemokraten gegen diese Bedingungen aus. Noch schwieriger gestaltet sich die Frage der neuen Notenbank, denn nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch ein Teil der bürgerlichen Regierungsparteien erhebt Opposition gegen die von der Anglobank und der Länderbank geforderten und von der Regierung zugestandenen Forderungen, daß der Goldschatz der neuen Notenbank nicht in Österreich bleiben, sondern im Auslande deponiert werden soll. Unter diesen Umständen ist es nicht ausgeschlossen, daß wir schon in den nächsten Tagen wieder vor einer Kabinettsskrise in Österreich stehen werden.

Frankreichs Orientpolitik.

Paris, 15. September. Im gestrigen Ministerrat, der vormittags und nachmittags in Rambouillet stattfand, sind wirkliche Beschlüsse nicht gefaßt worden. Nach dem offiziellen Communiqué über die Vormittagssitzung hat Poincaré im Ministerrat über die äußere Lage Bericht erstattet. Er schilderte den Verlauf der deutsch-belgischen Verhandlungen und gab dem Ministerrat Kenntnis von den Direktiven, die er den französischen Delegierten in der Reparationskommission nach dem Scheitern dieser Besprechungen erteilt hat. Poincaré hat nach dem Communiqué weiter über die Orientfrage berichtet, und der Ministerrat hat, wie es vorlänglich heißt, nach seinen Vorschlägen einstimmig die Politik bestimmt, die zu folgen sei, um die Wiederherstellung eines dauernden Friedens im Orient zu versuchen. Vorin Frankreichs Orientpolitik zur Zeit besteht, ist kein Geheimnis. Frankreich ist bereit, dem von England gewünschten interalliierten Meerengenhaus zu stimmen, falls England den türkischen Wünschen in Thraxien Verständnis entgegenbringt. Man erwartet andererseits eine Beschränkung der türkischen Forderungen auf ein vernünftiges Maß. Nach Äußerungen von Teilnehmern am Ministerrat kann als sicher gelten, daß weder von einer bevorstehenden Zusammenkunft Poincaré mit Lloyd George, noch von einer Reise Poincarés nach Genf die Rede gewesen ist.

Was die französische Presse sagt.

Paris, 15. September. Ein Blick in die Pariser Presse zeigt, nach welcher Richtung hin die französische Öffentlichkeit durch das Pariser Auswärtige Amt orientiert ist. Einige Blätter feiern den Türkensieg genau so, als ob es sich um einen Sieg der französischen Waffen handle. Es wird ausgeführt, Frankreich könne nicht zugleich die Türken in einer kriegerischen Handlung unterstützen und die Entente aufrechterhalten. Es könne zwischen der Freundschaft Englands und der Freundschaft einer militärischen Türkei wählen. „Matin“ meint darauf hin, daß der Waffen Sieg der Türken das Programm, das sich in die Worte zusammenfassen ließ, „die Türkei den Türken“, nicht nur möglich, sondern notwendig gemacht habe. Die Alliierten würden eben etwas weniger in Konstantinopel zu Hause sein. Das sei vielleicht sehr unangenehm für Leute, die diese Stadt schon als ein zweites Gibraltar oder ein zweites Suez betrachtet hätten. In ähnlichem Sinne äußert sich „Glar.“

Deutschlands Wirtschaftsjagen.

Im Reichswirtschaftsministerium fand am Dienstag erneut eine Aussprache der Gewerkschaftsführer und der Leitung des Reichswirtschafts- und des Reichsverwaltungsministeriums statt. Die beiden Minister führten persönlich eine sehr eingehende Besprechung, und zwar Punkt für Punkt der Forderungen durch, die in der kürzlichen Unterredung der Gewerkschaften mit dem Reichskanzler berührt worden waren.

Der Reichsverwaltungsminister kam u. a. eingehend auf die Frage der Wiedereinführung der Zwangswirtschaft zu sprechen. Er warnte eindringlich vor der Auffassung, daß es möglich sei, einzig ein Gebiet der Ernährungswirtschaft allein oder diese letztere insgesamt unter Freilassung der übrigen Gewerbe in Zwangswirtschaft zu nehmen. Alle Erfahrungen aus der Kriegs- und Übergangszeit sprechen dagegen, daß dies möglich sei, ohne die in Zwang genommenen Wirtschaftszweige zugunsten der freien Gewerbe zur Verkümmерung zu bringen. Der Minister ging dann ausführlich auf die Aussichten der Ernährung ein. Die Reichsverwaltung habe für die nächste Zeit genügend Brotpreise in der Hand; entspräche die Ableistung auf Umlage den Erwartungen, dann sei unter Berücksichtigung der Auslandsläufe die Versorgung bis Frühjahr 1923 sichergestellt. Er habe keine Sorge, daß die Umlage zum wesentlichen Teil nicht eingehen oder gar systematisch sabotiert werde. Bedeutung und ganz besonders für die kleine und mittlere Landwirtschaft sei indessen, daß der Preis für das Umlagegetreide der eingetretenen Geldentwertung nach Möglichkeit angepaßt werde.

Den Aussfall der Ernte schaue er in Brotpreise um etwa 20 Prozent niedriger als im Vorjahr; es seien aber zweifellos noch beträchtliche Bestände alter Ernte in den Händen der Erzeuger und des Handels. Die Kartoffelernte verzeichne in allen Teilen Deutschlands sehr gut zu werden; in Süddeutschland müßten sich alte Leute eines ähnlichen Segens kaum zu erinnern. Selbst auf schwerem Boden hätten Untersuchungen ergeben, daß die übergroße Feuchtigkeit in der Regel mangelfreie Erträge wenig beeinflußt hätten. Angesichts dieser Aussichten empfehle es sich nicht, heute mit Zwangsmaßnahmen oder auch nur mit der Einführung von Richt- oder Höchstpreisen vorzugehen, denn diese würden sofort zu Mindestpreisen für alle, auch für die Erzeugergebiete, führen. Eine gute Ernte werde die Preise selbsttätig niedriger halten, als es die Festsetzung von Höchstpreisen tun könnte. Den Verkauf durch unmittelbaren Verkehr zwischen Erzeugern und Verbrauchern, vor allem unter Hinzuziehung der Konsumgenossenschaften, begünstige er durch alle Mittel. In der Zukunftsplanung werde er für die kommende Erzeugung durch festen Zusammenschluß der Fabriken und des Handels sowie durch Beschrankung des Kaufs der Erzeugnisse der Lederindustrie für eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Mundzucker bemüht sein. Er werde trotz einer in Aussicht stehenden guten Budererzeugung von Anfang an selbst festzugreifen und es unter keinen Umständen dorthin kommen lassen, daß die Lederindustrie der Bevölkerung den Zuder vorwegnehme, und er hoffe, es auch ohne Buderarie dorthin zu bringen, daß die Bevölkerung besser versorgt werde. Die Bestrebungen zur Erhaltung der landwirtschaftlichen Erzeugung sehe er als seine vornehmste Aufgabe an; er werde immer unterstützend eingreifen, wo immer in seinem Ministerium wirklich ernster Wille zu positiver Leistung vorgelegen werde.

Die Not der deutschen Post.

Berlin, 14. September. Der Reichsrat genehmigte in seiner letzten Sitzung die Sätze für die neue Erhöhung der Postgebühren. Von 1. Oktober kostet also der einfache Fernbrief 8 M., die Postkarte 8 M. Ein 5-Kilo-Paket wird in der Nahzone 30 M., in der Fernzone 80 M. kosten. Der Höchstbetrag für Postanweisungen wurde auf 5000 M. erhöht. Ein Auslandsbrief bis 20 Gr. kostet 20 M.; der Mindestbetrag für ein Ferntelegramm wurde auf 30 M., für ein Ferntelegramm auf 50 M. festgesetzt. Die Fernpostgebühren haben jetzt eine Erhöhung um insgesamt 600 Prozent erfahren. — Postminister Giesbert bemerkte nach Annahme der Vorlage, daß das Defizit der Reichspost noch nicht gedeckt sei. Wahrscheinlich bleibe noch ein Fehlbetrag von 15 bis 20 Milliarden. Auf die Erhöhung der Zeitungsgebühren sei mit Rücksicht auf die ungeheure Not der Presse verzichtet worden. Der Minister erklärte, die Verhältnisse für die Post seien katastrophal. Die für die Erhöhung der Beamtengehälter erforderlichen hohen Summen ließen sich auf einmal durch Tarife nicht herausholen, man müsse das allmählich erzielen. Man müsse den Verkehr beobachten und sehen, was er noch tragen könne.

Sowjetrußland.

„Erntefesten“ in Moskau.

Riga, 15. September. Der offizielle Abschluß der diesjährigen russischen Ernte wurde durch eine „Erntefest“ im Moskauer Gewerkschaftshaus feierlich begangen. Anwesend waren Mitglieder der Regierung, der ausländischen Vertretungen sowie ausländische Journalisten. Smidowitsch von der staatlichen Hungerhilfskommission erklärte, die diesjährige Ernte mit einem Ertrag von etwa 4 Millionen蒲d werde eine feste Lebensmittelbasis abgeben. Die staatliche Zentral-Hungerkommission wird aufgestellt und eine Sonderkommission zur Liquidierung der Folgen des Hungers gebildet werden. Der Leiter des amerikanischen Hilfswerkes teilte mit, daß diese Organisation noch etwa sechs bis acht Monate ihre Tätigkeit in Russland fortsetzen wird.

Selbstmord eines verurteilten Sozialrevolutionärs.

Berlin, 15. September. Die Berliner Sowjetpost hat auf die Anfrage nach einer Bestätigung der Nachricht vom Selbstmord des sozialrevolutionären Führers Timofejew aus Moskau von der staatlichen politischen Verwaltung (der ehemaligen Tscheka) die Antwort erhalten, daß sämtliche verurteilten Mitglieder des Zentralkomitees der Sozialrevolutionären Partei am Leben seien. Diese Mitteilung, die den Selbstmordversuch Timofejew's unwahr läßt, wird dadurch bestätigt, daß die Auslandsvertretung der Sozialrevolutionären Partei aus Moskau erfährt, der Selbstmordversuch habe keinen tödlichen Ausgang gehabt.

Die Einkünfte der russischen Volkskommissariate.

Moskau, 15. September. Im ersten Halbjahr 1922 haben nach den Daten des Volkskommissariats für Finanzen die Einkünfte der Kommissariate 13 744 260 000 Rubel der Ausgabe 1922 betragen. Davon entfallen auf das Volkskommissariat für Verkehrswesen 6,6 Milliarden Rubel, für Post und Telegraph 3,1 Milliarden Rubel, für Außenhandel 2,7 Milliarden Rubel, für Landwirtschaft 78,5 Milliarden Rubel usw.

Politische Tagesneuigkeiten.

Das Streitgespräch in der französischen Handelsmarine. Das in Paris herausgegebene Communiqué des Generalsekretärs der Föderation der eingeschriebenen Gesellschaften kündigt an, daß auf die Veröffentlichung des Dekrets über die provisorische Aufhebung des Achtstundentages die Mannschaften der Handelsmarine in den darauffolgenden Tagen einen 28 Stunden Generalstreik erklären werden. Man fragt sich mit einiger Beunruhigung, ob dieser Generalstreik über diese 28 Stunden hinaus ausgedehnt werden wird, oder ob er sich auch auf die anderen nicht eingeschriebenen Seeservice erfreuen wird.

Die englische Presse zur Maene-Nede Poincaré. Die an der Marne gehaltene Nede Poincaré findet in der englischen Presse ein wenig angenehmes Echo. Nur die „Times“ schen-

in der Nede Poincaré eine Warnung an Deutschland und hoffen, daß dieses sein Verhalten danach einstellen werde. Alle anderen Blätter verurteilen die Nede mehr oder weniger. Die „Westminster Gazette“ zum Beispiel sieht in ihr eine neue Drohung Frankreichs, gegen Deutschland unter Umständen in einer isolierten Aktion vorzugehen.

Republik Polen.

† Die Selbstverwaltung Ostgaliziens. Die „Rzecpospolita“ berichtet: Die Beratungen des engeren Sachverständigenausschusses über das Selbstverwaltungsgesetz für die drei Wojewodschaften Ostgaliziens fanden am 8. und 9. d. Ms. statt. An diesen Beratungen nahmen neben den Regierungsvorberatern der Ministerpräsident Nowak, der Innenminister Kamienski, der Außenminister Narutowicz, die Herren Bobrowski, Kazimierz und Lewonowicz teil. Ergebnis dieser Beratungen waren die Ausarbeitung des Wortlauts der Regierungsvorlage in dieser Angelegenheit, die im Einvernehmen mit den Grundfächern abgefaßt ist, die die vorangegangene Sitzung des weiteren Ausschusses annahm. An den Beratungen dieses Ausschusses nahmen außer den genannten Personen die Herren Dr. Włodzimierz Godlewski, Dr. Bogusław Longhamps, Grzegorzewski und Hausner teil. Die gegenwärtige Vorlage enthält die Hauptlinie der Grundlagen der wojewodschaftlichen Selbstverwaltung für die Wojewodschaften Lemberg, Stanisławow und Tarnopol. Sie ist gestützt auf die Beschlüsse der Verfassung bezüglich der wojewodschaftlichen Selbstverwaltung, mit Berücksichtigung zweier Nationalitäten, der polnischen und der ruthenischen, durch Bildung von zwei Mitgliederversammlungen für die polnischen und ruthenischen Kreislandtage. Diese vom Ausschuß der Sachverständigen abgefaßte Vorlage war Gegenstand der Beratungen des Ministerrates, sie wird dem Sejm in der Sitzung am 19. d. Ms. vorgelegt werden.

† Polnisch-japanische Verhandlungen. Der „Kurjer Polski“ berichtet, daß in den polnisch-japanischen Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages eine gewisse Verzögerung eingetreten sei, die auf Ursachen rein technischer Natur zurückgeführt wird. Die Verhandlungen sollen Mitte Oktober d. J. fortgesetzt werden.

Die Teilung der polnisch-litauischen neutralen Zone. Am 12. d. Ms. trafen in Warschau die Delegierten des Völkerbundes, die Herren Sauri und Łazicki ein. Sie werden sich nach Wilna begeben, um dort die Teilung der neutralen Zone vorzunehmen. Beide Herren pflogen Beratungen mit dem Minister Narutowicz. Sie werden ungefähr einen halben Monat in Litauen bleiben.

Deutsches Reich.

** Eine Rede des Reichskanzlers Dr. Wirth. Der Reichskanzler hat gestern das Forum des Deutschen Industrie- und Handelsrates zu einer Rede über die Innern und Außenpolitik benutzt. Zu Beginn seiner Ausführungen erklärte der Kanzler, sich über den augenblicklichen Stand der politischen Situation nicht äußern zu können, da die Regierung noch keine Einschüsse über die belgische Note gesetzt habe. Die Regierung habe ihren bestimmten Plänen und eindeutigen Weg zu geben. Wenn sich dieser Weg als ungangbar erweise, sei es die Aufgabe des Parlaments, eine Regierung an die Spitze zu stellen, die einen anderen, besseren Weg wisse. Das Ziel der Politik der Regierung müsse die Einheit des deutschen Volkes sein. Im Interesse der Wahrung der Einheit sei es auch gewesen, daß die Regierung in der Außenpolitik wahre Leidenswege beschritten habe. Großen Einfluß machten folgende Worte des Kanzlers: „In einem demokratischen Zeitalter ist eine politische Führung ohne freudige Bereitwilligkeit zur Verantwortung nicht möglich. Sie werden diesen Appell verstehen, wenn ich Ihnen sage, daß ich im Laufe von beinahe zwei Jahren Kanzlerhaft fast immer verschlossene Türen bei den Persönlichkeiten aus Ihren Kreisen gefunden habe, wenn ich bei Ihnen anfrage, ob Sie zur Übernahme eines Posten im Auslande bereit seien.“

** Freilassung des Assessors Dr. Prange. Der vor einigen Tagen von der französischen Geheimpolizei festgenommene Regierungsassessor Dr. Prange (Wiesbaden), Referent für Besatzungsangelegenheiten bei der preußischen Regierung in Wiesbaden, ist am Dienstag nachmittag auf Antrag seines Verteidigers, Rechtsanwalt Neumann (Mainz), gegen Leistung einer Haftstrafe von 100 000 M. auf freien Fuß gesetzt worden.

** Die wirtschaftliche Not der Presse hat im Süden der Provinz Hannover weitere Drucke gefordert. Die Verleger von sieben Zeitungen des Eichsfeldes haben einstimmig beschlossen, ab 1. Oktober statt wie bisher sechsmal wöchentlich nur noch dreimal zu erscheinen.

** Abg. Redebour erklärte in der „Freiheit“, er sei entschlossen, auch im Widerspruch zu einem Mehrheitsbeschuß der Partei die unabhängige sozialdemokratische Partei aufrecht zu erhalten, da das Einigungsprogramm ihm nicht revolutionär genug ist.

Freistaat Danzig.

† Die fehlende polnische Flagge auf dem englischen Schiff „Kurier Warszawski“. Nr. 250 beschwert sich darüber, daß das englische Flaggschiff bei seinem Besuch in Danzig und dem Empfang der Danziger Behörden nur mit den Danziger Farben geschmückt war und keine polnische Flagge trug.

† Politische Propaganda gegen den Danziger Hafen. „Kurier Warszawski“ beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit dem Danziger Hafen und meint, daß Polen für den sehr kostspieligen Ausbau des Hafens in Neufahrwasser keinen Pfennig aufwenden dürfe. Das Geld dürfe nur für einen eigenen Hafen ausgegeben werden. Die polenfeindliche Politik Danzigs sei schon einmal die Ursachen des Zerfalls des polnischen Reiches gewesen, und die jetzige Politik Danzigs sei wieder polenfeindlich. Es sei daher ein „Verbrechen“, das Handelsmonopol Danzigs zum Schaden des polnischen Handels und der Industrie zu stärken. Der einzige Ausweg sei der Bau eines eigenen Hafens. Polen dürfe keine Industrie in Danzig haben, sonst untergrabe es die eigene Industrie. Das Blatt stellt dann folgende Leitsätze auf: 1. Keinen Pfennig für den Danziger Hafen. — 2. Keine polnische Industrie in Danzig. — 3. Die Höhe des Hafenzolls spielt keine Rolle. — 4. Alle Bemühungen müssen dahin gerichtet sein, Polen dem Monopol Danzigs zu entziehen!

† Gründung einer polnischen Volkshochschule in Danzig. Die „Gazeta Gdańskia“ meldet die beabsichtigte Gründung einer polnischen Volkshochschule in Danzig. Diese soll in kürzester Zeit eröffnet werden. Allein von dem Domänenpächter in Lappin, Główacki, sollen so viel Mittel gestiftet werden, daß die Schule davon in den ersten Monaten bestehen könnte. Das Kuratorium der „Universität“ wird gebildet von dem Chefredakteur der „Gazeta Gdańskia“, Jabłowski, Direktor Mondry, Redakteur Bourdon und Pietrzak, der die Leitung übernehmen soll.

† Eine nordische Währung für Danzig. Die Finanzmission des Völkerbundes hat beschlossen, daß die gegenwärtig in Danzig noch vorhandene deutsche Währung durch die stabile Goldwährung eines auswärtigen Staates ersetzt werden soll. Bis zur Einführung der fremden Währung soll der Freistaat Danzig Schachanweisungen in einer hinreichend stabilen Form ausgeben. Hierzu schreiben die „Danziger Neuesten Nachrichten“: „Welche Währung mag hier bei dem Finanzausgleich des Völkerbundes vorgezeichnet haben? Diese Frage scheint einstweilen noch in Dunkel gehüllt. Praktische Gründe sprechen dafür, daß es sich dabei wohl nur um den Anschluß an eine der nordischen Währungen handeln kann, die in geographischer und wirtschaftlicher Beziehung auf Danzig orientiert sind. Übrigens vermutet man in andern Kreisen die bevorstehende Einführung der englischen Währung im Freistaat Danzig.“

Gestern nacht entschlief sanft nach schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel,
der Rittergutsbesitzer

Alfred Fleischer

aus Gulczewo, Kr. Witkowo,
was ich im Namen der Hinterbliebenen in tiefer Trauer anzeige.

z. St. Liegnitz, den 9. September 1922.
Bilsestr. 7, I.

Emma Fleischer, geb. Timmner.

Die Beerdigung fand in Liegnitz statt.

9113

Statt besonderer Meldung.

Heute mittag entschlief in Breslau nach langem Leiden meine liebe Frau

Marie Grundmann
geb. Kaiser.

Dies zeigt mit der Bitte um stillle Teilnahme an
Fabrikdirektor Walter Grundmann.

Witoszynce, den 13. September 1922.

Die Beerdigung findet in Breslau statt.

Neuer Dampfpflug Heucke

16 PS., komplette Garnitur, haben
sehr günstig zu verkaufen.
Besichtigung auf unserem Fabrikhof ul. Sw. Wawryńca 36 kann
jederzeit erfolgen.

Centrala Pługów Parowych T. z.
Poznań, Biuro ul. Piotra Wawrzyniaka 28-30.

Telephon 2121, 4152. Teleg. Centropług.

Ein Brunnenbau-Geschäft

in der Provinz Posen,
komplett eingerichtet mit
sämtlichen Werkzeugen,
Schlossereiwerkstatt mit dazugehörigen Maschinen, —
großes Lager von Brunnen- und Gasrohren,
Ersatzteilen und Verbindungsstücken
preiswert zu verkaufen.

Offeren unt. S. L. 9127 an d. Geschäftsstelle d. Bl.

Posener Sprachführer.

Ein polnisch-deutscher und deutsch-polnischer Wegweiser
in handlichem Taschenformat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen sowie gegen Einsendung von 25 Mark als
Einschreibsendung direkt vom Verlage:

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.

Poznań, Zwierzyniecka 6.

Dieser Sprachführer will ein Gelernt und führt seit in der Hand derjenigen, die der polnischen Sprache noch nicht mächtig, sich im neuen Polen nicht zurechtfinden können und häufig hilflos stehen vor den ihnen vorkommenden unverstandlichen Aufschriften auf der Straße, in Geschäften und Gastwirtschaften, in den Wagen der Straßenbahnen, in Geschäften und Gastwirtschaften. Er will dadurch mit siebzehn, das hier bleibenden Süßwaren der deutschen Minderheit das Sichtliche in die neuen Verbündisse erleichtert wird und daß auch vorübergehend in Polen weilende Deutsche wenigstens von einem Teil der Schwierigkeiten befreit werden, mit denen der Aufenthalt hier und die Erledigung ihrer Geschäfte in Polen für sie verbunden ist.

Teatr Pałacowy II. Serie

Heute: bis zum 20. September

„Hinter den Kulissen von Monte Carlo“ „Marokkanische Nächte.“

In der Hauptrolle: Ellen Richter.

ID. A. 44

Beginn der Vorstellungen um 4 Uhr, der letzten um 9 Uhr.
Erstklassiges Konzert unter der Direktion d. Kapellmeisters A. Bočka.

Inst. I vom 20. auf 27.
IX., 7½ verlegt. Anmelde-
dungen zum Essen bis 23.
an Voettger. (9111)

Photogr. Atelier
„beim Schloss“
(Sw. Marcin 37).
Moderne Porträts
für Legitimationen.
Auf eilige Photographien
kann gewartet werden.

Ber hilft, ganz gleich wie
unschuldig i. Not
geratener bess. jung. Frau
m. g. Schulden? Off. u. W.
S. 9118 a. d. Geschäft. d. Bl.

Aus meiner durch die Wielkop. Izba Rolnicza an-
erkannten Yorkshire-Schweinezucht habe ich ständig
Zertel und Läufer
wie auch **springfähige Eber** abzugeben.
Besichtigung jederzeit möglich. — Bestellungen erbeten an
von Becker, Grudziec, v. Bronow,
v. Pleznew.

Spielplan des Großen Theaters.

Freitag, den 15. 9.: „Nigoleto“ von Verdi. (Gast-
spiel Kruglowksi).
Sonnabend, den 16. 9.: „Faust“ von Gounod. (Starf-
ermäßigte Eintrittspreise).
Sonntag, den 17. 9.: „Carmen“ von Bizet.
Eintrittskarten bei Srejbrowski, ul. Fredry 1.

Aus meiner durch die Wielkop. Izba Rolnicza an-
erkannten Yorkshire-Schweinezucht habe ich ständig

Zertel und Läufer
wie auch **springfähige Eber** abzugeben.
Besichtigung jederzeit möglich. — Bestellungen erbeten an
von Becker, Grudziec, v. Bronow,
v. Pleznew.

Achtung! Geschäftshausverkauf.
Ein in Kenuwro v. B.-Oberschl.
neu gebautes Geschäftshaus mit 3 prima Sälen ist um-
ständeshalber sofort zu ver-
kaufen evtl. zu tauschen. Ro-
tionalw.-Geschäft hat einen
monatlichen Umsatz von ½
Million. Zur Übernahme des
Grundstücks und des Ge-
schäfts sind ca. 1¼ Mill. er-
forderlich. Off. u. D. 938
Wanderer, Gleiwitz. (9093)

Stutzflügel,
schwarzer, verglast, verkauft.
Anfragen an Henkel,
9054] Gniezno, 3. Mai 56.

Zwei deutsche
Kurzhaar-Rüden,
1 J. alt, beste Rasse, flotte
Suche, fest vorstreichend und
sauber appertierend, preislich zu
verkaufen. Förster Hoffmann
Kowale v. Dziezna i. p.

Rathsmachrichten.
Arenzische. Sonntag
10: Bd. Greulich. — 11:
Rindberg. Dorf.
Duisenhain. Sonntag
10: Bd. Paarmann.
Kreisring. Sonntag
3: Bd. Greulich.

St. Petrikirche (Evangel.
Unitärgemeinde) Sonn-
abend, 6: Wochen-
schlußgottesdienst. Schneider.
Sonntag, 10: Bd. Haenisch. — 11½: Kinder-
gottesdienst. Dorf. — Amts-
woche: Dorf.

St. Paulikirche. Sonn-
tag, 10: Bd. Stuhlmann.
11½: Kinderg. Dorf. —
Wittwoch, 6: Bibelst. Dorf. — Amtsw. Dorf.
Ev.-luth. Kirche, ulica
Ogrodowa 6 (früher Garten-
straße). Sonntag, 9½: Bd.
St. Lukaskirche. Sonn-
tag, 10: Predigt. Fritz.
— 12: Kinderg. Dorf.
Christuskirche. Sonn-
tag, 10: Bd. Rhode. —
11½: Kindergottesdienst. Dorf.
— Wittwoch, 6: Bibelst. Dorf. — 8: Jungfrauenverein.
St. Matthäi-Kirche. Sonn-
tag, 10: Bd. Brummel. —
Freitag, 6: Bibelstunde.
Dorf.

Sassenheim. Sonntag,
10: Liturg. Feiertg. — 3½:
Waldster.

Gv. Verein junger Männer.
Sonntag: Ausflug nach
Sassenheim. — Montag,
7½: Blasen. — Wittwoch,
7: Bibelst. — 8: Bespre-
chungssabend. — Donner-
stag, 6: Polnisch. — 7½:
Blasen. — Sonnabend,
5: Faustballspiel. — 8:
Wochen-
schlußhandacht.

Kapelle der Diakonissen-
Anstalt. Sonnabend, 8:
Wochen-
schlußg. Sonntag, 10: Bd. Dorf.

Gemeinde glänzend ge-
taufter Christen (Baptisten),
ul. Przemysłowa (fr. Ma-
garetentz) 12. Sonntag:
½ 10: Predigt. — 11: Sonn-
tagsschule. — 2½: poln.
Gottesdienst. — 4: Predigt.

— 5½: Jugendverein.
Wittwoch, 7: Gebetsstunde.

Die Altwarenhandlung bestehend seit
Kallmannsohn, sw. Marcin 34 | 20 Jahren
kaufte alte Garderobe, Möbel, Wäsche, ganze
Wohnungseinrichtungen, ärztl. Instrumente,
sämtliche Felle (wie Fuchs, Iltis, Marder,
Hase, Kanin), Wolle, Kothschwanzhäute und
Zahngebisse. (9084)

Sommersprossen,
Sonnenbrand, gelbe
Flecke, beseitigt unter
Garante
Axela-Crème
½ Dose 750 M., 1½ Dose
1500 M. **Axela-Seife,**
1 Std. 500 M. **J. Gade-
busch, Poznań, Nowa 7**

Unsere Annonen-Expedition

nimmt alle für auswärtige Zeitungen und Zeitschriften bestimmten Anzeigen entgegen
und vermittelt diese ohne Kosten-
aufschlag zu Originalpreisen.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T.A.
POZNAŃ, ulica Zwierzyniecka 6.

Erfahrener, zuverlässiger
Brennerei-Berwalter

mit Flodenfabrikation vertraut, erfahren in Maschinen,
sucht für 1. Oktober d. 3. (9121)

Dom. Lopiszewo b. Ryzywot, pow. Oborniki.

Gesucht 3. 1. Oktober d. 3. für vielseitig, groß, Land-
wirtschaftsbetrieb zur Unterstützung d. Rentmeisters
jüngeren Rechnungsführer.

Kenntnis der polnischen Sprache in Wort und Schrift Be-
dingung. — Offeren mit Zeugnissabschriften und Gehalts-
ansprüchen bei freier Station erbeten unt. C. S. 9090 am
die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gut Wyrobki bei Mogilno sucht
sehr günstig zu verkaufen.
p. Ende September. Kleiner Haushalt. (9120)

Suche per lückl. Mädchen für alle Hausarbeiten.
1. Oktober kleinen erwünscht.
Meldg. an Apotheker Viehstaedt, Ryczywot, p. Oborniki.

Wir suchen zum 1. Oktober einen unverheirateten
energischen

Inspektor,

welcher nach allgemeiner Disposition selbständiger wirtschaften
kann. Es wird nur auf Herren mit guten Zeugnissen re-
spektiert. Gef. Angebote mit Lebenslauf und Zeugnisschriften
erbitten.

Gutsverwaltung Skalmierowice,
p. Wierzboslawice, pow. Inowrocław. (9116)

Suche zum 1. Oktober verheiraten

Wirtschaftsbeamten

für mein 1600 Morgen großes Gut Chleba
(Everspark). — Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugniss-
abschriften, Gehaltsansprüchen und Bild zu richten an das

Wirtschaftsamt Rataje b. Łobżenica.

Graf von Limburg-Stirum. (9091)

Alleinstehende Dame (Witwe)

aus gutem Hause, in Kindererziehung erfahren, mit allen
wirtschaftlichen Angelegenheiten vertraut, der deutschen und
polnischen Sprache mächtig, sucht infolge Auflösung ihres
Haushandes von sofort ab, voll. auch später im
frühen Leben einen unverheirateten

Stellung als Hausdame.

Offeren unter C. L. 9126 an die Geschäftsstelle dieses

Blattes erbeten.

ca. 50 M. groß, bester Wei-
zen- u. Rübenboden, Zucker-
fabrik am Orte, Gebäude
massiv, mit Ziegelsbach gedeckt,
im Ganzen oder geteilt an
zahlungsfähige Käufer zu ver-
kaufen. Zu erst. u. 9092
a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Groß. Friseurgefchäft

Stadt in Poln. Oberösl., gegen

Barzahlung mit Warenbestand

sorft zu verkaufen. Angeb.
unt. 9112 an die Geschäfts-
stelle dieses Blattes erbeten.

Gemeinde glänzend ge-
taufter Christen (Baptisten),

ul. Przemysłowa (fr. Ma-
garetentz) 12. Sonntag:

½ 10: Predigt. — 11: Sonn-

tagsschule. — 2½: poln.

Gottesdienst. — 4: Predigt.

— 5½: Jugendverein.

Wittwoch, 7: Gebetsstunde.

Das Versammlungsrecht im ehemals preußischen Teilgebiet.

Der Artikel 108 der Verfassung gibt den Bürgern der polnischen Republik das Recht, sich zu organisieren, sich zu versammeln und sich zu Gesellschaften und Vereinen zusammenzuschließen. Auch Ausländer hätten die Möglichkeit, von diesem Grundrecht Nutzen zu ziehen, denn Artikel 95 Abs. 2 besagt, „Ausländer genießen unter der Bedingung der Gegenfeindlichkeit gleich Rechte mit den Bürgern des polnischen Staates und haben die gleichen Pflichten wie diese, sofern nicht die Gesetze ausdrücklich das polnische Bürgerrecht erfordern.“ Aber der Art. 108, der das Vereins- und Versammlungsrecht gewährt, führt noch den Zusatz: „Die Ausführung dieser Rechte regelt die Gesetze.“ Und da diese Ausführungsgesetze bisher noch nicht ergangen sind, so bleibt es hinsichtlich des Versammlungsrechts bis auf weiteres beim bisherigen, noch aus der deutschen Zeit stammenden Rechtszustand, der durch polnische Bestimmungen nur unbedeutend abweichen wird.

Danach ist grundlegend für das Versammlungsrecht das deutliche Reichsvereinsgesetz vom 19. April 1908. Durch eine Verordnung des Kommissariats des Obersten Polnischen Rates vom 21. Juli 1919 war dies Gesetz zwar im polnischen Teilgebiet gesetzlos, aber seine Bestimmungen durch Verordnung vom 28. Juni 1920 wieder in Kraft gesetzt und eine Verordnung des Kommissariats aufgehoben. Auch im Gebiet jenseits der Demarkationslinie war das Reichsvereinsgebot unter der Herrschaft des Ausnahmezustandes, insbesondere wohl durch das Gesetz vom 25. Juli 1919 betr. Sicherung der staatlichen Sicherheit und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung während des Krieges und die auf Grund dieses Gesetzes erlassene Ausführungsverordnung des Ministers für das ehemals preußische Teilgebiet außer Kraft gesetzt worden. Jedenfalls ist durch Verordnung des Ministeriums vom 8. Dezember 1921 die Geltungskraft des Reichsvereinsgesetzes auch für den jenseits der ehemaligen Demarkationslinie gelegenen Teil des ehemals preußischen Teilgebietes wiederhergestellt worden. Allerdings mit einer Einschränkung und mit einer Abänderung. Die Einschränkung bezieht sich darauf, daß der sogenannte Sprachenparagraph des Reichsvereinsgesetzes, der die deutsche Sprache als Verhandlungssprache für öffentliche Versammlungen vorschreibt, bzw. den Gebrauch fremder Sprachen er schwert, und die Durchführung der diesbezüglichen Vorschriften durch Gewährung der Auflösungsbefugnis an die Polizeibehörde sichert (Vereinsgesetz, §§ 12, 14), von der Wiederherstellung ausgeschlossen wird. Für das Gebiet jenseits der ehemaligen Demarkationslinie und eigentlich auch für das übrige preußische Teilgebiet war diese Aufhebung des Sprachenparagraphen bereits erfolgt durch das Gesetz vom 1. 8. 1919 über die vorläufige Verwaltungsorganisation des ehemals preußischen Teilgebietes, dessen Artikel 3 bestimmt: „Alle Ausnahmegesetze und Ausnahmeverordnungen, die zu ungünstigen irgend einer Nationalität erlassen worden sind, werden aufgehoben.“ Die vorher erwähnte Abänderung zielt dahin, daß wo das Vereinsgesetz den Gebrauch der deutschen Sprache anordnet, an deren Stelle die polnische tritt. Nachdem der Sprachenparagraph wegfallen ist, findet sich die Vorschreibung der deutschen Sprache im Reichsvereinsgesetz selbst nur noch an einer Stelle, in § 8, der sich auf das Vereinsrecht bezieht. Die Geldstrafen des Reichsvereinsgesetzes sind jedenfalls der Geldentwertung entsprechend erhöht worden, im übrigen ist aber das Reichsvereinsgesetz im ganzen ehemals preußischen Teilgebiet als Quelle des Versammlungsrechts vorwegend geblieben.

Das Reichsvereinsgesetz gibt nun allen Reichsangehörigen, d. h. jetzt also allen polnischen Staatsbürgern im ehemals preußischen Teilgebiet, das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, sich zu versammeln. Ausländer sind die Versammlungsfreiheit nicht gewährleistet. Nimmt ein Ausländer an einer Versammlung teil, so könnte die Polizei, wenn sie wollte, diesen Ausländer ammen, sich aus der Versammlung zu entfernen. Sie darf aber wegen der Teilnahme von Ausländern nicht gegen die Versammlung selbst einschreiten.

Beschränkungen unterliegt die Versammlungsfreiheit offiziell seitens im übrigen nur, soweit sich diese Beschränkungen aus dem Reichsvereinsgesetz selbst oder aus anderen Reichsangehörigen ergeben, ferner aus Gründen der Sicherheitspolizei, aber nur soweit es sich um die Verhütung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer einer Versammlung handelt. Es kann also z. B. bei Epidemien eine Versammlung zur Abwendung der Ansteckungsgefahr für die Versammelten von der Polizei verboten werden. Jedenfalls darf in solchen Fällen ein Versammlungsverbot aus Gründen der Gesundheit, Bau-, Feuer-, Verkehrs-, Polizei usw. nur ausgesprochen werden, wenn sich auf anderem Wege als auf dem des Verbots eine Abstaltung der Gefahren nicht erreichen läßt. Niemand darf ein Versammlungsverbot ausgesprochen werden unter Berufung auf die Notwendigkeit der öffentlichen Ruhe und Ordnung.

Zu den Beschränkungen der Versammlungsfreiheit, die in anderen Gesetzen außerhalb des Vereinsgesetzes enthalten sind,

gehört auch der § 305 des Strafgesetzbuches, der sich auf die Polizeistunde bezieht. Die Polizeistunde betrifft aber nur öffentliche Versammlungen, die in einer Schankstube oder an einem öffentlichen Vergnügungsort abgehalten werden. Gegen solche kann die Polizei nach Ablauf der Polizeistunde einschreiten.

Außerdem zu den Beschränkungen der Versammlungsfreiheit, die im Sinne des Vereinsgesetzes selbst enthalten sind: Diese Beschränkungen gelten natürlich nur für eigentliche Versammlungen im Sinne des Vereinsgesetzes. Nicht als Versammlungen sind aufzufassen Veranstaltungen und Vorträge, welche die Hörer aus Interessen persönlicher Art zusammenführen, ohne daß die Verfolgung eines gemeinsamen Zwecks und eine Einwirkung auf die Allgemeinheit in Frage kommt. Es fallen also nicht unter das Vereinsgesetz wissenschaftliche Vorträge, Theateraufführungen und sonstige allgemein zugängliche Veranstaltungen mit dem Hauptzweck der Unterhaltung und Belohnung, auch nicht Lustbarkeiten. Natürlich ist auch nicht jede kleine zu einer Besprechung zusammenkommende Gesellschaft schon eine „Versammlung“.

Diese nicht unter das Vereinsgesetz fallenden Zusammenkünfte können aber auf Grund anderer Gesetze Beschränkungen unterliegen, so z. B. Theatervorstellungen, Schaustellen usw. auf Grund der Gewerbeordnung. Was ferner die Lustbarkeiten betrifft, so sind zwar die Lustbarkeiten geschlossener Gesellschaften — unter „geschlossener Gesellschaft“ versteht man eine Mengeheit von Personen, die zusammengekommen sind, um unter sich zu bleiben und die durch persönliche Beziehungen zueinander verbunden sind —, sind frei von Genehmigungspflicht und Anzeigepflicht und polizeilicher Überwachung. Dagegen können öffentliche Lustbarkeiten der Anzeigepflicht und der polizeilichen Beaufsichtigung unterworfen werden, oder unter Umständen (öffentliche Tanzlustbarkeiten) der politischen Genehmigung unterliegen. Außerdem wird sich meist eine Anmeldepflicht für öffentliche Lustbarkeiten und zum Teil auch für geschlossene Lustbarkeiten aus den Lustbarkeitsverordnungen der Gemeinden ergeben.

Das Reichsvereinsgesetz bedient nun nur eine gewisse Gruppe von Versammlungen mit Beschränkungen, und zwar nur die öffentlichen Versammlungen, d. h. Versammlungen, zu denen eine unbekümmerte Personenmenge Zutritt hat. Nach der Neufassung können auch Vereinsversammlungen doch öffentliche Versammlungen sein. Es kommt ganz auf die Natur des Vereins und das Auftreten der Mitgliedschaften an, von den öffentlichen Versammlungen ist eine Sondergruppe noch besonderen Vorschriften unterworfen, und das sind die Versammlungen zur Förderung politischer Angelegenheiten, die sogenannten politischen Versammlungen.

Öffentliche politische Versammlungen sind anzeigepflichtig. Der Veranstalter einer solchen Versammlung hat vor ihrer Veranstaltung mindestens 24 Stunden vor ihrem Beginn unter Angabe von Ort und Zeit der Versammlung bei der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten. Über die gesuchte Anzeige hat ihm die Polizei sofort eine kostenfreie Bescheinigung zu erteilen. Die Anzeige kann sowohl mündlich wie schriftlich oder telegraphisch gemacht werden. Von dieser Anzeigepflicht gibt es nun gemischte Ausnahmen. Nicht anzeigepflichtig sind die öffentlichen politischen Versammlungen, die öffentlich in den durch die preußische Ausführungsverordnung vom 8. Mai 1908 bestimmten Formen bekannt gemacht sind. Nach dieser Ausführungsverordnung kann die Bekanntmachung entweder durch Zeitungen oder durch Anschlag erfolgen. Die Zeitungen, die hierzu in Frage kommen, werden vom Landrat bzw. von der Ortspolizeibehörde des Kreises generell bestimmt. Die Bekanntmachung muß die Überschrift tragen: „Öffentliche politische Versammlung“, Zeit und Ort der Versammlung, sowie Namen, Wohnort und Wohnung des Veranstalters ergeben. Sie muß so rechtzeitig erfolgen, daß sie 24 Stunden vor Versammlungsbeginn der für Entgegennahme der Anzeige zuständigen Behörde zugänglich sein kann. Außerdem ist in der Ausführungsverordnung Abschaffung der Bekanntmachung in deutscher Sprache vorgeschrieben. Diese Bestimmung wurde durch Art. 3 des Gesetzes vom 1. 8. 1919 über die vorläufige Verwaltungsorganisation des ehemals preußischen Teilgebietes bestimmt: „Alle Ausnahmegesetze und Ausnahmeverordnungen, die zu ungünstigen irgend einer Nationalität erlassen worden sind, werden aufgehoben.“ Die vorher erwähnte Abänderung zielt dahin, daß wo das Vereinsgesetz den Gebrauch der deutschen Sprache anordnet, an deren Stelle die polnische tritt. Nachdem der Sprachenparagraph wegfallen ist, findet sich die Vorschreibung der deutschen Sprache im Reichsvereinsgesetz selbst nur noch an einer Stelle, in § 8, der sich auf das Vereinsrecht bezieht. Die Geldstrafen des Reichsvereinsgesetzes sind jedenfalls der Geldentwertung entsprechend erhöht worden, im übrigen ist aber das Reichsvereinsgesetz im ganzen ehemals preußischen Teilgebiet als Quelle des Versammlungsrechts vorwegend geblieben.

Das Reichsvereinsgesetz gibt nun allen Reichsangehörigen, d. h. jetzt also allen polnischen Staatsbürgern im ehemals preußischen Teilgebiet, das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, sich zu versammeln. Ausländer sind die Versammlungsfreiheit nicht gewährleistet. Nimmt ein Ausländer an einer Versammlung teil, so könnte die Polizei, wenn sie wollte, diesen Ausländer ammen, sich aus der Versammlung zu entfernen. Sie darf aber wegen der Teilnahme von Ausländern nicht gegen die Versammlung selbst einschreiten.

Beschränkungen unterliegt die Versammlungsfreiheit offiziell seitens im übrigen nur, soweit sich diese Beschränkungen aus dem Reichsvereinsgesetz selbst oder aus anderen Reichsangehörigen ergeben, ferner aus Gründen der Sicherheitspolizei, aber nur soweit es sich um die Verhütung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer einer Versammlung handelt. Es kann also z. B. bei Epidemien eine Versammlung zur Abwendung der Ansteckungsgefahr für die Versammelten von der Polizei verboten werden. Jedenfalls darf in solchen Fällen ein Versammlungsverbot aus Gründen der Gesundheit, Bau-, Feuer-, Verkehrs-, Polizei usw. nur ausgesprochen werden, wenn sich auf anderem Wege als auf dem des Verbots eine Abstaltung der Gefahren nicht erreichen läßt. Niemand darf ein Versammlungsverbot ausgesprochen werden unter Berufung auf die Notwendigkeit der öffentlichen Ruhe und Ordnung.

Zu den Beschränkungen der Versammlungsfreiheit, die in anderen Gesetzen außerhalb des Vereinsgesetzes enthalten sind,

Anzeigepflicht. Da nun aber nach dem im ehemals preußischen Teilgebiet geltenden Vereinsgesetz für diese Art Versammlungen weder die Genehmigungspflicht noch die Anzeigepflicht besteht, ist der zitierte Artikel für das ehemals preußische Teilgebiet ohne jede praktische Bedeutung.

Den drei Ausnahmen, die in § 2 des Vereinsgesetzes bereits enthalten sind, hat die politische Gesetzgebung noch eine weitere Ausnahme zugesetzt, und zwar durch das Gesetz vom 8. 4. 1919 über die Unantastbarkeit des Verfassungsbefehls im ehemals preußischen Teilgebiet in Kraft seit 14. 9. 1920. Artikel 6. Danach dürfen Mitglieder der Abgeordneten des Verfassungsbefehls des Sejm's ohne Erlaubnis und Benachrichtigung der Behörden Versammlungen zwecks Rechenschaftsaufklärung über ihre Tätigkeit im Sejm einberufen. In derartigen unangemeldeten Versammlungen muß sich der Einberüter auf das Referieren befrüchten und darf höchstens Anfragen aus der Versammlung, nicht aber eine Diskussion zulassen, sonst wird die Versammlung wieder zu einer anzeigepflichtigen.

Die Genehmigungspflicht setzt das Vereinsgesetz für öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge auf öffentlichen Straßen oder Plätzen fest, und zwar ganz gleich ob es sich um politische oder unpolitische Versammlungen handelt. Die Genehmigung zu solchen Veranstaltungen ist vom Veranstalter mindestens 24 Stunden vor ihrem Beginn unter Angabe von Ort und Zeit der Veranstaltung bei der Polizeibehörde nachzusuchen. Sie ist schriftlich zu erteilen und darf nur vorgesetzt werden, wenn aus der Veranstaltung eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. In letzterem Falle ist dem Veranstalter sofort ein kostenfreier Befehl mit Begründung zu erteilen. Ausdrücklich ist dafür vorgesorgt, daß Versammlungen in geschlossenen Räumen nicht schon deshalb als Versammlungen unter freiem Himmel angesehen werden, weil außerhalb des Versammlungsraumes befindliche Personen an der Fortsetzung teilnehmen oder weil die Versammlung in einen mit dem Versammlungsraum zusammenhängenden umfriedeten Hof oder Garten verlegt wird. (§ 8 des Vereinsgesetzes.) Versammlungen, die nach einem solchen Hof oder Garten unmittelbar einberufen waren, sind dagegen natürlich als Versammlungen unter freiem Himmel anzusehen. Ausnahmen von der Genehmigungspflicht für Versammlungen unter freiem Himmel sind von der polnischen Gesetzgebung in zwei Fällen gemacht worden, einmal für die oben erwähnten Sejmabgeordnetenversammlungen, und zweitens wieder für die Wahlversammlungen aus Anlaß der Sejmwochen durch Art. 2 bzw. des Gesetzes betreffend die Wahlversammlungen. Der Art. 2 des erwähnten Gesetzes lautet: „Wahlversammlungen auf Straßen und öffentlichen Plätzen müssen durch die die Versammlung einberufende Person bei der entsprechenden Verwaltungsbeförderung ersten Instanz oder bei der nächsten Polizeipostierung mindestens 24 Stunden vor Beginn der Versammlung angemeldet werden. Die Anmeldung, die schriftlich oder mündlich erfolgen kann, muß die Erklärung, daß es sich um eine Wahlversammlung handelt, und Vor- und Zusammentreffen sowie Adresse des Einberüters enthalten. Über die Anmeldung ist von der Behörde unverzüglich eine Bescheinigung auszustellen, die ebenso wie die Anmeldung selbst stempelfrei ist. Der Artikel 2 betrifft also nicht Versammlungen unter freiem Himmel schriftlich, sondern lediglich Versammlungen auf Straßen und öffentlichen Plätzen. Diese sind lediglich anzugeben, nicht genehmigungspflichtig. Die übrigen Wahlversammlungen unter freiem Himmel sind nach Artikel 1 des Gesetzes nicht mehr genehmigungspflichtig und nach § 6 Abs. 2 des Vereinsgesetzes auch nicht anzeigepflichtig. Diefer Auslegung widerstreitet auch nicht der Artikel 5 des Gesetzes über die Freiheit der Wahlversammlungen, welcher besagt: „Dieses Gesetz berührt in keiner Weise Versammlungen in geschlossenen Räumlichkeiten, wobei Höfe und Gärten, die mit dem Gebäude ein organisch geschlossenes Ganzen bilden, als geschlossene Räumlichkeit erachtet werden.“ Sehr geschickt gefaßt ist dieser Artikel allerdings nicht und kann jedenfalls leicht für eine anderweitige Auslegung des Artikels 2 als Argument verwandt werden.

Außer diesen Bestimmungen über Anzeige und Genehmigung von öffentlichen Versammlungen enthält das Vereinsgesetz weiter Vorschriften über diese Versammlungen selbst, über die Teilnahme daran, über die Leitung, über polizeiliche Überwachung und Auflösung. Verboten ist das bewaffnete Er scheinen in allen öffentlichen Versammlungen. Bezuglich der öffentlichen politischen Versammlungen und bezüglich der Versammlungen politischer Vereine, die nicht lediglich gesetzliche Veranstaltungen sind, besteht ein Verbot der Teilnahme für Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Öffentliche politische Versammlungen müssen nach Vorschrift des Gesetzes einen Leiter haben. Der Veranstalter ist berechtigt, die Leitung selbst zu übernehmen, sie einem anderen zu übertragen oder die Wahl des Leiters durch die Versammlung zu veranlassen. Der Leiter, oder solange dieser nicht bestellt ist, der Veranstalter hat für Ruhe und Ordnung in der Versammlung zu sorgen. Er ist befugt, die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

Von der polizeilichen Überwachungsbefugnis handelt der § 13 des Vereinsgesetzes. Er bezieht sich lediglich auf öffentliche Versammlungen. Streitig war in der Rechtsprechung, ob er sich auf alle öffentlichen Versammlungen bezieht

sich die wenigen Sommergäste, die damals die „Klosterruinen“ beherbergten, zusammen und veranstalteten unter sich ein Tanzfränen. Besonders beliebt war Nr. 2 des Repertoires des Musikautomaten. Das war das schöne Lied:

Pauline geht tanzen,
hat man etwas schön geschn?n?
Ist sie zehn im ganzen,
und wie sie sich dreht!

Unsere Tanzgesellschaft war sich darüber einig, daß sich nach dieser Weise am besten tanzen ließ (Schieber natürlich).

Lehnin hat aber außer seiner reizvollen Lage noch einen Anziehungspunkt. Das ist das vom Markgrafen Otto I., dem Sohn Albrechts des Bären, Ende des 12. Jahrhunderts gegründete Kloster. Nach der Sage wurde es auf derselben Stelle erbaut, an der dem Markgrafen im Traum unter einem Eichbaum eine Hirschkuh erschien. Es war ein Bistuerienserloster, und zwar das erste dieser Art in der Mark. Es wurde das Mutterkloster der Klöster Chorin, Paradies und Simeonsdorf, deren Theodor Fontane in seinem Roman „Vor dem Sturm“ von der „Lehniner Weisagung“, jener angeblich aus dem 12. Jahrhundert stammenden „Propheteiung des Unterganges des preußischen Königshauses“ ist auch mancherlei geschrieben worden.

Lehnin erreichte ich gegen Abend. Dem Rat eines fundigen Mannes folgend, durchschritt ich den langgestreckten Flecken und wählte mir mein Nachttquartier nicht in dem Orte selbst, sondern in dem angrenzenden Altenhausen, in dem der Bahnhof der Kleinbahn Lehnin-Großkreuz liegt. Hier fand ich in den „Klosterruinen“ ein verhältnismäßig (verhältnismäßig!) billiges und dabei gutes und sauberes Zimmer, das für mehrere Tage und Nächte mein Sommerheim wurde.

Lehnin, ein Flecken mit ungefähr 2500 Einwohnern, liegt sehr malerisch zwischen Wäldern und Seen. Die Wälder bieten Gelegenheit zu wunderschönen Spaziergängen und Ausflügen nach allen Seiten, und wer heden will, kann das jeden Tag in einem andern See tun. Von beiden Gelegenheiten machte ich in ausgedehntem Maße Gebrauch. Und wenn ich nicht spazieren lief oder badete, dann lag ich irgendwo im Walde, meist so, daß ich einen der schönen Seen vor Augen hatte, — teils mit einem Buch, teils ohne ein solches, in den Himmel und die Baumwipfel schauend, — und das war sehr schön (wenn es nicht gerade regnete).

Für Regenstunden gab es aber auch Bereitstellung. Zu meinem Gasthof gab es einen ganz anständigen Saal, und in diesem einen Musikautomaten, der gegen Einwurf von ganzen zehn Pfennigen die schönsten Tänze spielte. Wenn es regnete, lagen

sich gerade in jenen Tagen verhältnismäßig mohlwollend, und als ich den freundlichen Ort verließ, bedauerte ich nicht, daß ich dem Rote des sozialen Mannes gefolgt war, der mir Lehnin als Sommerfrische empfohlen hatte.

Musik und Schule.

Im Verlag von Duelle und Meyer in Leipzig erschien vor kurzem, vom Centralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin herausgegeben, eine Sammlung von Aufsätzen unter dem gemeinsamen Titel „Musik und Schule“. Diese Aufsammlung bildet den Niederschlag der ersten deutschen Schulmusikwoche, die vom 17. bis 21. Mai dieses Jahres in Berlin stattfand. Sie ist es wert, daß der Inhalt wenigstens der wichtigsten Aufsätze charakterisiert wird und daß möglichst weite Kreise auf das Buch aufmerksam gemacht werden.

Das Hauptthema „Musik und Schule“ behandelt Universitätsprofessor Albert (Leipzig), der die Forderung aufstellt, daß man auch der Musikgeschichte im Schulunterricht den ihr zukommenden Platz gibt und daß dabei nicht von abstrakten Rhythmen und Strömungen ausgegangen wird, sondern vom Umgang, Greifbaren, Individuellen. Die Musik selbst, sagt Albert, ist im Grunde eben so wenig lehrbar wie jede andere Kunst. Lehrbar ist an ihr wie an allen Künsten nur die technische, handwerkliche Seite. Auch darin ist vieles zu bessern und zu beseitigen. Vor allem das Grundlöbel: daß man diese Seite zum Selbstzweck macht und zu Reflektierungen mißbraucht. Das legitime, das musikalische Empfinden, läßt sich nicht lehren, sondern nur weden und durch liebevolle Pflege entwickeln. Dazu ist vor allen Dingen gutes musikalisches Hören notwendig. Ein Punkt, dem bis jetzt zu wenig Aufmerksamkeit zuteil geworden ist.

Professor Ernst Paul (Dresden) stellt in seinem Aufsatz über „Neue Aufgaben im Schulmusikunterricht“ folgende Leitsätze auf: 1. Die Schule hat die Aufgabe, künstlerische Gestaltungskraft und Empfänglichkeit für Kunst zu entwickeln. 2. Am besten kann diese Aufgabe auf dem Boden der Gemeinschafts- und Arbeitsschule erfüllt werden. 3. Das Gewicht ist auf persönliche Ausdrucksfertigkeit zu legen. 4. Als besondere Kunstgebiete haben außer der bildenden Kunst mit Einschluß der Werkstattkunst und Leibesübungen zu gelten.

Die hier berührten Grundsätze der Arbeitsschule und des Gemeinschaftsunterrichts in ihrer Anwendung auf die musikalische Erziehung werden im einzelnen behandelt von dem Berliner Ge-

oder lediglich auf die im Vereinsgesetz ausdrücklich hergehobenen öffentlichen Versammlungen, also die öffentlichen politischen Versammlungen unter freiem Himmel und die öffentlichen politischen Versammlungen, mögen sie angezeigt sein oder nicht. Das Reichsgericht hat sich dahin ausgesprochen, daß der § 18 sämtliche öffentlichen Versammlungen umfaßt. In dieser kann also die Polizeibehörde Beauftragte entenden, aber nicht mehr als zwei. Diese haben sich unter Rücksicht ihrer Eigenschaft dem Leiter oder solange dieser nicht bestellt ist, dem Veranstalter der Versammlung zu erkennen zu geben. Es muß ihnen ein angemessener Platz eingeräumt werden. Das Gesagte gilt also auch für die Wahlversammlungen aus Anlaß der Sejmwahlen. Die Beauftragten haben sich eines unmittelbaren Eingreifens zu enthalten, soweit nicht strafbare Handlungen vorkommen. Für die Sejm abgeordnetenversammlungen spricht dies der Art. 6 des Gesetzes über die Unantastbarkeit der Mitglieder des gesetzgebenden Sejm ausdrücklich aus, indem er sagt: "Vertreter der Behörden haben in solchen Versammlungen nicht das Recht, sich in die Verhandlungen einzumischen." Das Haustrecht steht dem Leiter und vor dessen Bestellung dem Veranstalter zu. Die Beauftragten der Polizeibehörde sind nur in ganz bestimmten Fällen befugt, eine Versammlung für aufgelöst zu erklären und müssen, wenn sie die Auflösung vornehmen, den Grund dafür angeben. Aufgelöst können werden nichtgenehmigte öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel, öffentliche Versammlungen, zu denen den Polizeibeauftragten der Zutritt verweigert wird, öffentliche Versammlungen, an denen Bewaffnete teilnehmen und nicht entfernt werden, schließlich Versammlungen, in denen Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die eine Aufforderung oder Anreizung zu Verbrechen oder nicht nur auf Antrag zu folgenden Vergehen enthalten. Im übrigen kann die Polizei aus sicherheitspolitischen Gründen gegen Versammlungen einschreiten, soweit es sich um die Schützung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer an der betreffenden Versammlung handelt. Sonst aber hat die Polizei keine Befugnis zur Auflösung von Versammlungen, insbesondere darf sie eine Versammlung nicht wegen Teilnahme von Ausländern oder von Minderjährigen unter 18 Jahren aufstellen oder lediglich deshalb, weil von einem Teilnehmer in der Versammlung eine strafbare Handlung verübt wird. Nur die oben genannten Verstöße gegen das Reichsvereinsgesetz können mit Auflösung der Versammlung geahndet werden. Alle übrigen Verstöße unterliegen lediglich den in §§ 18, 19 des Vereinsgesetzes vorgesehenen Strafen. Wird eine Versammlung für aufgelöst erklärt, ganz gleich, ob die Auflösung von Polizeibeauftragten oder vom Leiter der Versammlung ausgeht, so sind alle Anwesenden zur Vermeidung von Strafe verpflichtet, sich sofort zu entfernen. Das gilt selbst in dem Falle, wenn die Auflösungsankündigung unrechtmäßig war, und selbst dann, wenn bei nicht öffentlichen Versammlungen — die Entsendung von Polizeibeauftragten unzulässig war. Der Leiter der Versammlung kann binnen 8 Tagen bei der Polizeibehörde die schriftliche Mitteilung der mit Tatsachen zu belegenden Gründe der Auflösung verlangen. Diese Mitteilung hat schriftlich zu erfolgen. Eine Anfechtung der Versammlungsauflösung im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens ist vorzusehen, eine Schadenersatzklage wegen unrechtmäßiger Auflösung möglich.

Aus der polnischen Presse.

"Wer trägt die Verantwortung?" fragt der "Kurier Poznań" am Lettakufsatz seiner Nr. 210 (Donnerstag, dem 14. September), in dem er antritt, an eine Äußerung des "Przyglaß Vorantritt", der bezweifelt, daß in den drei Jahren des bisherigen Bestehens Polens hier die Linke regierte (wie die Rechte behaupten) und der Ansicht Ausdruck gibt, daß es vielmehr die Mittelparteien waren, die in dieser Zeit den Ausschlag gaben. Demgegenüber fragt der "Kurier Poznań": Welche staatliche Instanz regierte bis jetzt tatsächlich in Polen? Seine Antwort lautet: "Formell — der Ministerrat. Tatsächlich — der Staatspräsident. Er war der eigentliche Leiter der ganzen Politik Polens im Laufe der drei Jahre des Bestehens einer unabdingbaren polnischen Republik. Sein Wille beherrschte die Tätigkeit aller Minister, die seit der Gründung Polens in die Regierung eintreten." Um diese Behauptung zu belegen, prüft er alle bisherigen Ministerkabinette und zeichnet folgendes Bild: 1. Die Regierung Moraczewski war ein ausführendes Organ Bismarck's. Das kann niemand bezweifeln. 2. Die Regierung Boderewski war scheinbar gegen Piłsudski gebildet. In Wirklichkeit führte sie eine Politik in seinem Sinne und setzte sich aus ihm ergebenen Leuten zusammen. Die militärischen Angelegenheiten lagen in seiner Hand. Innenminister und Vertreter Boderewskis waren Herr Wojciechowski, der nach Schluss des Krieges sich von neuem seinem früheren Kollegen und Gegenstern Piłsudski näherte und jetzt Mitglied der Volkspartei ist (er kandidiert auf der Liste der Witosleute). Im Außenministerium wurde Boderewski durch Władysław Strzałski vertreten, einem ehemaligen österreichischen Diplomaten, Aktivist und unbedingt dem Belvedere ergebenen Mann. Die Finanzminister Englich und Karpiński waren nur kurze Zeit im Amt und spielten keine

Rolle. Ihnen folgte Biskupski, ein Krakauer Konserватiver und Aktivist. 3. Die Regierung Skulski hatte den Charakter eines Kabinetts Mitte-Links (vier Volksparteier und ein Vertreter der Nationalen Arbeiterpartei). Skulski selbst verzichtete völlig auf die Leitung der Auslandspolitik, indem er im Sejm erklärte: Das gehöre zu den Aufgaben des Staatspräsidenten. 4. Die Regierung Grabski bestand nur drei Wochen und spielte keine Rolle. 5. Die Regierung Witos war eine ausgesprochene Links-Regierung. 6. In der Regierung Poniatowski saß als Innenminister ein Vertreter aus dem Belvedere, Herr Downarowicz, Außenminister war Herr Skirmunt, Finanzminister Herr Michałski. 7. Die Regierung Romuald ist eine ausgesprochene Belvedere-Regierung. — Der "Kurier" bestätigt sich dann mit den Persönlichkeiten einzelner Minister und stellt dabei fest: Im Außenministerium bildet Herr Skirmunt eine Ausnahme. Vollziehen der Belvedere-Politik sind Władysław Skrzynski, Patelski, Sapieha und Karutowicz mit ihrem Patron Askenazy. Linkslute im Innenministerium sind Wojciechowski, Raczkiewicz und Downarowicz, vielleicht auch Karpiński. Im Finanzministerium: Biliński, Steczkowski, Skrzynski, Grabski, die beiden ersten eingefleischte Aktivisten. Grabski war als Finanzminister nur Konsistorier und hatte auf die Politik keinen Einfluß. "So kann man sagen", meint der "Kurier", "daß mit Ausnahme der Regierung Władysław Grabski, die nur drei Wochen bestand und der Mithilfe Michałskis und Skirmunts in der Regierung Poniatowskis, in Polen ausschließlich die Linke herrschte, — genauer gesprochen: Piłsudski durch Vermittlung linksliegender Kabinette. Bis zum Regierungsantritt Romualds sind in Polen 90 Minister im Amt gewesen. Unter ihnen waren vier Mitglieder des Nationalen Volksverbandes: Władysław Grabski, Stanisław Karpiński, Władysław Sęda und Władysław Karpiński. Da die beiden leistungsfähigen Minister des ehemals preußischen Teilstaates waren, und Stanisław Karpiński nur sehr kurze Zeit im Amt war, so kann man sagen, daß von den 90 Ministern nur einer zu den Nationaldemokraten gehörte. Es muß also klar sein, daß der Nationalen Volksverband nicht verantwortlich gemacht werden kann für die Tätigkeit der bestehenden Regierungen." — Der "Kurier" meint, daß man auch ohne Kenntnis dieser Personalien erkennen könne, daß die bisherige Politik Polens sich auf sozialistische Grundsätze in der Innenpolitik und auf aktivistische Grundsätze in der Außenpolitik stützte. Die Frucht dieser Politik, meint er, sei die Rettung der Staatsfinanzen, die Entwicklung der polnischen Mark, die wachsende Teuerung. — Das Sälufergebnis der Betrachtungen des "Kurier Poznań" ist: 1. In Wirklichkeit regierte in Polen Piłsudski, und er ist in erster Linie verantwortlich für die Früchte der bisherigen Politik. 2. Die Ministerkabinette, deren sich Piłsudski zur Durchführung seiner politischen Absichten bediente, setzten sich, abgesehen von der Dreiwochenregierung Grabski und der Tätigkeit Michałskis und Skirmunts, aus Personen zusammen, die entweder unmittelbar den Linksparteien angehörten oder mit diesen Parteien und mit dem Belvedere eng verbunden waren.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 15. September.

Statistisches aus der Stadt Posen.

Die "Statistischen Nachrichten der Stadt Posen" vom Juli 1922 enthalten Angaben über die verschiedenen Vorgänge in unserer Stadt, die am 30. Juni 175 049 und am 31. Juli 175 001 Einwohner zählte. Das Übergewicht der Geburten über die Todesfälle betrug 201. Infolge des Übergewichts der Abwanderung über den Zugang um 159 Personen belief sich die Zunahme der Bevölkerung im Juli auf 42 Personen.

Es starben im Juli 326 Personen, davon 175 männlichen und 151 weiblichen Geschlechts, lebend geboren wurden 527 Kinder, und zwar 275 Knaben und 252 Mädchen.

Chen wurden im Juli 1922 in Posen 185 geschlossen, gegenüber dem Monat April (178) eine erhebliche Abnahme. Von den 185 Chen waren 6 konfessionelle Menschen (5 Katholiken nahmen evangelische Frauen, 1 Jude eine Katholikin) und 8 nationale Menschen (2 Polen nahmen deutsche Frauen, 1 Pole nahm eine Frau anderer Nationalität). Chen zwischen evangelischen Paaren wurden gar nicht geschlossen. 12 Witwer und 8 Witwen verheiraten sich wieder. 4 Chen wurden zwischen Witwer und Witwe geschlossen. Es gingen ferner eine Ehe wieder ein 7 geschiedene Männer und 2 geschiedene Frauen. Von den Frauen, die heirateten, waren 6 unter 20 Jahren, 53 zwischen 20 und 24 Jahren, 44 zwischen 25 und 29 Jahren, 28 zwischen 30 und 39, 2 zwischen 40 und 49, eine zwischen 50 und 59, eine zwischen 60 und mehr. Das günstigste Alter für die Ehe ist demnach das von 20 bis 24 Jahren. Von Männern heiratete einer unter 20 Jahren, 29 im Alter von 20 bis 24 Jahren, 40 im Alter von 25 bis 29 Jahren, 48 von 30 bis 39, 10 von 40 bis 49, 4 von 50 bis 59 und 3 im Alter von 60 und mehr Jahren, von diesen einer mit

abgeschlossenen Divisionen über die deutsche Grenze bei Neidenburg traten, wie sie jenseits der Grenze in Polen kämpften bis zum letzten Augenblick, und entwaffnet, trotz ihres zerlumpten Zustandes Disziplin bewahrten. Und ich staunte damals vor dem Gerümpel zusammengelegter Waffen, abgegeben beim Grenzübergang, daß die Roten Truppen mit diesen Werkzeugen bis vor die Tore Warschaus vordringen konnten.

Die Roten Truppen des Jahres 1922 machen einen anderen Eindruck als diejenigen von 1920. Gewiß halten sie in der äußeren Erscheinung keinen Vergleich mit den zaristischen Truppen der Vorkriegszeit aus. Aber die spitzen Taktiken mit dem Sommertarn, die grauen Tarnen mit den roten und blauen Streifen auf der Brust und den bunten Regiments- und Dienstgradzeichen am linken Arm lassen auch die Rote Armee militärisch und adrett erscheinen. So geht denn das Moskauer Mädel auch heute wieder gern am Arme des Rotgardisten spazieren. Uniformen sieht man auf den Straßen und des Sonntags in den Parks und Vororten der Umgebung. Blutjunge Soldatengesichter, alles Leute zwischen 19 und 24 Jahren, Menschenmaterial, das am willigsten in der Hand seines Führers ist. Die Armee wird gut versorgt, ernährt und bekleidet, sie kennt keine Traditionen als diejenige der Siege gegen die weißgardistischen Gegner, sie ist ein williges Instrument der Regierung.

Es ist durchaus irrig anzunehmen, daß im Frontoffizierkorps die alten zaristischen Offiziere vorherrschen. Über 80 Prozent der Offiziere hat sich die Rote Armee aus dem Bauern- und Arbeitermaterial in zahlreichen Offizierschulen herangebildet. Die Lehrer waren allerdings zaristische Offiziere, ebenso wie im Generalstab und im Ingenieurkorps die alten zaristischen Offiziere bei weitem überwiegten. Die Tatsache, daß Trotski in den fünf Jahren des Bestehens der Roten Armee etwa 40 000 Frontoffiziere ausbildete, ließ die zugleich von den politischen Kommissaren im kommunistischen Geiste erzogen wurden, widerlegen, um besten die immer noch verbreitete Annahme, die Rote Armee könne zum Hort des Militärzesses in Russland werden. Die Rote Armee gehorcht Trotski und den Sowjetregierung. Sie wird wieder nach Norden, Süden oder Westen marschieren, wenn die Regierung im Kreml es bestimmt.

Von Augenzeuge wurde mir der imposante Eindruck berichtet, den der Vorbeimarsch von 120 000 roten Truppen am 1. Mai gemacht hat, den Trotski damals vor den Toren des Kremls abnahm. Ich habe nur verhältnismäßig wenig geschlossene Truppen gesehen. Die Infanterie zeigte im Gleichschritt Richtung, Haltung und aufsallende gute Gewehrlage, — Dinge, an denen das Soldatenauge militärische Zucht und Ordnung erkennt. Das Pferdematerial bei den Schwadronen, die ich sah, war recht gut, ebenso die Pferdepflege und der Sitz der Reiter. Auch die Artillerieformationen

einer Frau von 25 bis 29 Jahren; der zweite mit einer Frau von 30 bis 39 und der dritte mit einer Frau von gleichfalls über 60 Jahren.

Über die Vermehrung der Bevölkerung sind folgende Mitteilungen in den Statistischen Nachrichten enthalten: Es zogen im Juli nach Posen 886 Personen, davon 406 männliche und 480 weibliche Personen; es verließen Posen im ganzen 1043, davon 502 männliche und 543 weibliche Personen. Von den Abziehenden kamen 531 aus der Wojewodschaft Posen, 38 aus der übrigen Teil des ehemals preußischen Teilstaates, 99 aus dem ehemals russischen Teilstaate, 42 aus dem fr. österreichischen Teilstaate, 102 aus dem Auslande. Von den Abziehenden blieben 62 in der Wojewodschaft Posen, 122 gingen nach Pommern, 74 nach Kongresspolen, 22 nach Galizien und 178 ins Ausland.

Schutz der Hypotheken.

Die unerquicklichen Zustände, die auf dem Gebiete des Hypothekengewesens im ehemals preußischen Teilstaate geradezu verheerend wirken und schon Tausende ehemals gut, ja ausgezeichnet dastehender Hypothekengläubiger bettelarm gemacht haben, hat eine Bewegung ins Leben gerufen, die sich mit geeigneten Schritten zur Beseitigung dieser unglaublichen Zustände befaßt. In der Stadt Posen ist der Zusammenschluß aller derartigen Hypothekengläubiger schon vor längeren Wochen in die Wege geleitet. Dieser Tage fand nun auch in Bromberg eine Versammlung von Hypothekengläubigern statt, in der beschlossen wurde, zum Sejm eine Abordnung zu entsenden, die folgende Forderung vorbringen soll:

"Eine in Bromberg abgehaltene Versammlung der Inhaber von Hypotheken, die auf den Grundstücken in Großpolen und Pommern eingetragen sind, bittet den hohen gesetzgebenden Sejm, in allerhöchster Stätte ein Gesetz herauszugeben, in dem bestimmt wird, daß der bisherige anormale Zustand in der Frage der Ablösung der Hypotheken in der Art geregelt werden soll, wie dies bisher durch die Regierung selbst in die Praxis umgesetzt wurde, d. h. daß sämtliche Hypothekenentnahmen im Verhältnis zu den täglichen Getreidepreisen geahndet werden sollen, da sämtliche Bürger, die sich ihre Existenz durch Abgabe ihrer Vermögensgegenstände gesichert haben, jetzt buchstäblich Hungers sterben."

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde beschlossen, einen Verein zu gründen, dessen Name noch näher festgelegt werden soll. Dem Verein trat eine große Zahl anwesender Personen bei.

Gebrauchshundprüfung.

Aus Pianowo, Kreis Kosten, wird uns geschrieben:

Am 12. d. Ms. vereinte der "Polski Zwiazek Mysliwych Centralny Kinologiczny" seine Mitglieder zur ersten Gebrauchshund-Prüfung. Erzielten waren acht Preisträger, die durchweg gute Arbeit leisteten.

Führend auf der ganzen Preisfläche war die Drahthaar-Hündin Bessy von Polen, Besitzer Oberförster Bromberg-Altonisch, mit ihrem Deckrüden Volk von Wermingen, Besitzer Bello-Bremen, sowie deren beide Söhne Mars und Heiko von Aurenheim. Bessy leistete unter ihrem altenmärrigen Führer und Besitzer vollkommene Gebrauchshund-Arbeit, verwies prompt zum Bod, würgte und apportierte ihre Käse, arbeitete passiviert und sicher im Wasser und leistete bei der Felssuche pointergleiche Arbeit. Sie errang den zweiten Preis (der erste wurde nicht vergeben). Volk von Wermingen, Besitzer und Führer Bello-Bremen, führte am Niemen zum Bod und zeigte sich beim Abwürgen eines sehr starken Katers als erfahrener Praktitus, der gelernt hat, die Käse im richtigen Augenblick zu packen. Den Eltern würdig zeigte sich ihr 15 Monate alter Sohn Mars, Besitzer Jägerstätt-Strehno. Von seinem jugendlichen Führer Gramomski jun. sehr gut geführt, zeigte der gut gehabte Rüde sehr schöne Gebrauchshund-Arbeit. Er brachte seinen Führer am Niemen sicher zum Bod, war jedoch auf Raubzeug, jagte passiviert und lauf im Wasser und machte seinem Führer sowohl wie seinem Besitzer alle Ehre. Mars bekam den dritten Preis. Allgemein war wohl erwartet worden, daß er höher bewertet werden würde. Sein Wurfbruder Heiko, Besitzer und Führer Gramomski-Wymyslomo, ist auch ein vielversprechender Rüde, zeigte sich am Tage der Siehe aber weniger aufgelegt. Unter den erschienenen Kurzhaaren war ein sehr stark und schön gebauter Rüde, namens Tell, wirklicher Gebrauchshund. Sobald wir in der Eile des Aufbruchs erfahren konnten, bevor er den dritten Preis, Tell wird zweifellos noch in Zukunft von sich reden machen und seinem Führer, M. Giedrait-Posen, manchen Tag seiner Beidmannstreude bereiten. Auch die turzhaarige Norina des Herrn Sulowsky-Brzyska Starz zeigte durchweg gute Leistungen. — Die nur zur Jagdfahrt gemeldete Diana-Zadowniki war eine sehr edle und rasige Kurzhaarhündin vorzüglicher Abstammung von nur höchststammten Vorfahren. Besitzer und Führer Bartłomiej-Zadowniki. Diana hatte vor acht Wochen das erste Mal gewölft und sich noch nicht wieder ganz erholt. Trotzdem würgte und apportierte sie schneidig ihren Käse. Darauf, als

machten einen bestriedigen Eindruck, die Ausrüstung war bis auf die letzte Schnalle in Ordnung. Alles dies sind naturnäher als äußere Eindrücke. Hinter den Stand ihrer Geschäftsausbildung ließ mich leider keine Käpfe sehen. Eifrig wird in der Roten Armee geflogen. Ein Fliegergeschwader von 6 Flugzeugen in der Luft rast begreiflicherweise mehrmärrige Vergleiche mit Deutschland in mir mach...

Über die Organisation der Roten Armee ist hier nicht der rechte Platz. Interessant ist aber, daß wenn die Zusammenhänge der einzelnen Regimenter mit der Bevölkerung wie auch die wirtschaftliche Versorgung der Regimenter selber dadurch gefördert hat, daß eine große Anzahl von Truppenteilen Arbeiterorganisationen, Fabriken, Träume usw. als wirtschaftliche Förderer haben, die für die Truppen sorgen.

Die augenbläßliche Stärke der Roten Armee mag man auf 1 Million Mann beziffern; die Besatzung der kleinen Flotte beträgt etwa 30 000 Mann. Wenn die Rote Armee jetzt eingeschrankt wird, dann geschieht das sicher nur, um die verkleinerte Armee desto besser kleiden und bewaffnen zu können. Sowjetrußland ist gewiß kein pazifistischer Staat! Kriegsstimmung aber ist gewiß nicht im Lande. Die wirtschaftlichen Fragen beherrschen das politische Leben.

Bunte Zeitung.

Gefärbte Bäume. Im Forst von Tharandt bei Dresden wurden sehr interessante Zärtungen an lebenden Bäumen vorgenommen. Der Ingenieur Reinhard hat sich seit einem Jahrzehnt der Frage der Impfung bzw. Färbung der Bäume gewidmet, weil er glaubt, hierdurch ein wirtschaftlicheres Verfahren erzielen zu können, als bei der künstlichen Härtung und Beizung. Dagegen hindurch blieben diese Versuche im großen ganzen ergebnislos, weil die radikal Bohrungen, mit denen er begann, nicht dazu führten, daß das ganze Holz des Baumes durchgefärbt wurde. Deshalb sah er davon ab und wandte sich dann der quadratischen Bohrung zu, die auch mechanisch leichter durch Maschinen durchgeführt werden kann. Sie hat ihn denn auch zum vollen Erfolg geführt. Mit Hilfe von Amininsäure — man braucht nur 50 Gramm auf etwa 200 Liter Wasser — kann ein ganzer Baum geimpft und gefärbt werden. Nach etwa 8 Tagen wird der Baum geprägt und dann mehrere Monate getrocknet. Die Bearbeitung geschieht dann genau so wie bei anderen Hölzern. Zu Gegenwart des sächsischen Ministerpräsidenten Bud wurde ein Baum gefällt, und es zeigte sich, daß er schon nach etwa 48 Stunden vollständig blau gefärbt war, selbst bis in die kleinsten Zweige und Blätter hinein. Aus diesen Hölzern sollen dann ganz besondere und auffällige Möbel hergestellt werden.

Reise nach Sowjetrußland.

Von Walter Eberhard Freiherr von Medem.

IV.

Die Rote Armee.

Moskau, im August 1922.

Als die junge Rote Armee zum ersten Male den Angriffen der Rotshärttruppen Widerstand entgegensezte, nicht mehr davonließ, war die russische Revolution an einem entscheidenden Augenblick angelangt, dem Bahn der französischen Revolution vergleichbar. Mit diesem Satze kennzeichnete eine bekannte kommunistische Persönlichkeit mir die Bedeutung der Roten Armee für Sowjetrußland. Diesen Augenblick durch rücksichtlose Energie und Handhabung eines nie dagewesenen Terrors gegen Deserteure und unfähige Führer der Roten Armee — die mehr eine Räuberbande war — herbeigeführt zu haben, ist das Werk Trotski. Auszeichnungen des Verdienstordens der Roten Fahne auf der Brust des Rotgardisten erzählten von den Kämpfen der sowjetrußischen Truppen von Poltawa, Judenisch, Denitsch, Wrangel, im Norden und im Süden Russlands, im Fernen Osten und westwärts gegen Polen. Ich sah die Rote Armee zum letzten Male, als ihre

Frauenzeitung des Posener Tageblatts.

Das Geheimnis der Erde.

Von Else Frobenius.

Nur bevorzugten ist es gegeben, das Geheimnis der Erde zu erfahren, zu verstehen, was jeder Himmelsstrich und jedes Land zu sagen hat. Die Formen der Berge und Bäume, der Geruch der Luft, von klimatischen und pflanzlichen Einflüssen bestimmt, ist nirgends der gleiche. Die Vergangenheit jedes Landes bildet mit an seinem Gesicht und redet aus ungezählten Spuren. Taugendhaft spiegelt sie sich in Art und Sein der Menschen wider. Unmögbar und doch allen fühlbar, geheimnisvoll und doch ungänglich stark ist das Fluidum, das von einer Landschaft und ihren Bewohnern ausgeht. Es zu deuten und in seinen Ausstrahlungen zu verstecken, ist nur der Geheimatlese gegeben, besonders wenn durch die Mund eines Dichters redet. Daraus üben auch die Heimatbücher eine so eindringliche Wirkung aus. Daraus muss man immer wieder nach ihnen greifen und aus ihnen wie aus einem Jungborn Kräfte der Erde trinken. Die Frauen stehen ihr oft besonders nahe. Bettina, die Droste waren ihre ureigensten Geschöpfe.

Zu unseren stärksten Heimatdichterinnen gehört heute unstreitig Sophie Hoeschetter. Mir erscheinen ihre "Fränkischen Novellen" wie der Höhepunkt ihres Schaffens. All ihr Eigenes legte sie hinein: ein geschlossene geistige Kultur, reiches historisches Wissen, scharfe Beobachtungsgabe, Hang zur Mystik und ein so starkes Naturgefühl, dass jeder Mensch jedes Erlebnis, das sie schildert, aus seiner Umgebung emporzuwachsen scheint. Die bald farbenleuchtende, bald düstere Großzügigkeit und Erinnerungsfähigkeit des Landes tut sich atmen auf. Mag die Dichterin wehntüchtig-ironisch den Erinnerungen an Kapar Hauser nachgehen oder den Liebesgeheimnissen vergessener holden Fürsinnen. Mag sie die Tragik junger Leidenschaft und das Grauen des zweiten Gesichts oder die Feierlichkeit der Bischofsstädte und alter Parks und Schlösser schildern. Immer beherrscht sie das Geheimnis der Erde und leitet aus ihm das der Menschenseele in geistvoller und tief eindringender Stimmungsmalerei her. Das gibt den drei Bänden der Fränkischen Novellen (Mein Freund Rosenkreuz, Das Ereignis, Das Erdgesicht, Einhornverlag, Dachau bei München) einen unvergleichlichen Zauber. Sie gehören zum Besten, was moderne Romantik schuf, und sollen unsernen Leserinnen wieder in Erinnerung gebracht werden.

Auch die neuen Erzählungen von Berta Prillipp, die unter dem Titel "Johann's Nacht" im Molaitverlag, Berlin, erschienen sind, wurzeln im Geheimnis der Erde. Sie spielen im nordischen Lande der Klücks und Buchenwälder, der rauschenden See und der hellen Sommernächte. Die Gestalten sind von einer herben Schwere, die diesem Lande entsprossen scheint, und wirken wie stilisierte Verkörperungen der Naturkräfte. Das gilt von der tollen Frau, die getäuschte Liebe überwindet und in der Kunst Erfüllung ihres eigenen starken Seins findet, und vom Mann, der schwere Mordtat freiwillig als Einstädter auf verborgenen Moor verbüht. Die leste Erzählung "Der Goldhelm" geht mehr ins Gedankliche und schildert Rembrandts Not und Größe. Die tiefstimmig spürnde Art der Verfasserin geht mitführend den Kampfen des Künstlertums nach und stellt sie in starker Verinnerlichung und gewährter Sprache dar. (Dt. Allg. Ztg.)

Adoptions-Beratungsstellen.

Unter all den jugendpflegerischen Aufgaben unserer Zeit ist eine der wichtigsten, die der Weise fürsorge. Längst hat man erkannt, dass auch die beste Antikindererziehung seelische Werte nicht zur Blüte kommen lässt, die allein im Familienkreise zur Entfaltung kommen können. Darum sind die deutschen Jugendfürsorgeorganisationen dauernd bemüht, das Interesse an der Adoption von Waisenkindern wachzuhalten. Schon erfreulich ist es, aus diesen Kreisen zu hören, dass trotz der Not der Zeit manches Kinderlose Ehepaar — selbst solche, denen die Annahme eines Kindes persönliche Einschränkungen auferlegt — einem fremden Kind Herz und Elternhaus schenkt, um es aus der Masse der Elternlosen heraus und in die Sphäre der Familie zu heben.

All denen, die sich mit einer solchen Absicht tragen, wird es willkommen sein, über den in Deutschland vorgeschriebenen gesetzlichen Weg dazu etwas zu erfahren. Rechtliche und seelische

Schwierigkeiten sind zu überwinden. Der stillgelegte Wunsch findet manche Hemmnisse: Das Kind soll nicht aus der Nähe sein, und man möchte nichts mit den Angehörigen zu tun haben. Außerdem möchte man auch Nähern über diese wissen, denn man will nicht "irgend ein Kind" als eigenes annehmen, sondern ein Kind, von dem man hoffen darf, dass es sich gut entwickelt. Aber an wen soll man sich wenden? Mit wen kann man die mancherlei Bedenken besprechen? Wo kann man Rat holen, der auf Erfahrung gestützt ist? Da der Wunsch der Eheleute meistens auch vor Verbindungen und Bekannten gehalten werden soll, bis seine Erfüllung gewiss ist, gestaltet sich alles noch schwieriger. Ähnlich verhält es sich auf der anderen Seite bei den Angehörigen der Kinder. Hier besteht vor allem die Gefahr, dass die Kinder durch bezahlte Vermittlung unredlicher Persönlichkeiten in gänzlich ungeeignete Familien kommen, oder gar Engelmacherinnen in die Hände fallen.

Unter solchen Umständen erschien es als Notwendigkeit, Stellen einzurichten, die in uneigennütziger, fürsorgericher Weise Adoptionsvermittlungsstellen. Drei Jahre später entstand die Adoptionsabteilung des Vereins für Säuglingsfürsorge und Wohlfahrtspflege im Regierungsbezirk Düsseldorf. Düsseldorf Werstener Straße 150, und in den letzten Jahren wurden den Jugendämtern verschiedener großer Städte wie Frankfurt a. M., Berlin, Leipzig, Breslau ebenfalls Adoptionsabteilungen angegliedert.

Die genannten Stellen sind in immer weiteren Kreisen bekannt geworden. Die Adoptionsabteilung des Vereins für Säuglingsfürsorge und Wohlfahrtspflege, der wir diese Mitteilungen ver danken, hat mit kurzen Unterbrechungen, z. B. bei Einführung einer neuen Zeuerung ein ständiges Wochen von Anfragen adoptionsbereiter Ehepaare zu verzeichnen. Aber immer wieder wird gesagt: "Es müsste viel mehr bekannt sein, dass es Stellen gibt, die Adoptionen vermitteln. Wir suchen schon seit Jahren nach einem Adoptivkind und glauben kaum noch, dass unser Herzenswunsch erfüllt werden könnte."

Die Deutsche Zentrale für Jugendsfürsorge und die Adoptionsabteilung des Vereins für Säuglingsfürsorge und Wohlfahrtspflege sind gern bereit, in Fragen, die Adoptionsangelegenheiten betreffen, Auskunft zu erteilen, selbstverständlich unentgeltlich. Nur ist den Anfragen möglichst Rückporto beizufügen. Vielleicht ist auch manchen mit dem Hinweis gedient, dass in dem Jahresbericht 1920/21 der Adoptionsabteilung des Vereins für Säuglingsfürsorge und Wohlfahrtspflege (zu beziehen durch die Geschäftsstelle Düsseldorf, Werstener Straße 150) eine Reihe von Adoptionsfragen ausführlich behandelt worden sind.

Umfchau.

Ein weiblicher Regierungsrat. Als Regierungsrat wurde in das thüringische Volksbildungministerium die Leiterin der Frauenarbeitschule in Meiningen, Fräulein Dr. Essig, berufen. Der weibliche Regierungsrat wird das Dezernat für die Mädchenausbildung übernehmen.

Herbsttagung deutscher Hausfrauen. Der "Verband deutscher Hausfrauenvereine" hält am 12. und 13. September in Berlin gelegentlich der gleichzeitig daselbst beginnenden Ausstellung "Sparsame Hauswirtschaft" ("Das Tagewerk der Hausfrau") seine Tagung ab. Die Tagesordnung beschäftigt sich mit allen wichtigen Fragen des Hausfrauenberufes und ist auch mit praktischen Vorführungen verbunden unter Bezeichnung von in der Ausstellung gezeigten Neuheiten.

Frauen als Handwerksvertreterinnen. Das schon früher von der Berliner Handwerkskammer empfohlene Verfahren, Frauen ihre Mitarbeit in den Innungsaussätern einzuführen, hat durch das Reichsgesetz über die Heranziehung von Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamt eine gesetzliche Grundlage erhalten. Die Frauen sind nunmehr wählbar zu Vorstands- und Ausschussmitgliedern der Innungen und anderen Handwerksorganisationen, sowie zu Mitgliedern der im § 83 der Gewerbeordnung bezeichneten Innungsschäfte, des Gesellenausschusses der Innungen, der Handwerksschäfte und deren Gesellenausschüssen.

Der Ratsbärr dankte schmunzelnd, und dann ging's über die Welle — die waren so hoch, dass man die Weichsel, die Ostsee, Jäschental und Oliva sehen konnte. Weiße Wolken schwammen oben in der blauen Luft. Auf der Weichsel fuhren viele Segelschiffe langsam dahin.

Zu Hause angelangt, betrat Herr Hevel sein Arbeitszimmer und hörte nebenan zwei Damen sprechen — die Frauen der Ratsherren Goldbeck und Eisenbeck. Frau Hevel, des Astronomen Gattin, war auch dabei.

Da kam aber die Waschfrau Mehner zu den Damen und erzählte von dem neuesten Familienmaul.

"Also," sagte die Mehner, "wir hielten doch, Frau Hevelle, gestern abend die Wäsche auf die Bleiche gebracht — neben dem Kirchhof bei St. Katharine. Fünf Laken kommen in der Nacht, stehlen uns fünf Laken und gehen damit über den Kirchhof bei Mondenschein. Spielen das Gespenst. Der dämliche Nachtwächter kneift aus und holt den Herrn Prediger. Der geht gleich mit Kugel auf den Kirchhof. Da reißen die Spitzbuben aus. Und, Frau Hevelle, unsere fünf Laken haben sie mitgenommen."

"Ja," sagte Frau Hevel, "Sie können mich aber jetzt endlich Frau Hevelius nennen. Das ist bei Gelehrten Sitte, mein Mann schreibt die Machina coelestis."

"Donnerwetter!" rief die Mehner, "na ja, Frau Hevelle, ich werde es nicht vergessen."

"Es heißt doch," sagte Frau Hevel sanft, "Frau Hevelius. Werden Sie denn das nicht behalten?"

"Ja, Frau Hevelle," versicherte die Mehner, "das behalte ich schon. Wenn ich nur die Spitzbuben bekommen könnte! Dieser dämliche Nachtwächter!"

"Über die Spitzbuben," sagte Frau Hevel wieder ganz sanft, "sprechen wir noch. Wir wollen mal zusehen, ob Sie uns die Laken nicht von selber wiederbringen!"

Die Mehner ging ab, in der Tür sagte sie noch: "Guten Morgen, Frau Hevelle."

Die drei Damen waren wieder allein.

Herr Johann Hevel blieb in seinem Arbeitszimmer und hörte jedes Wort, das gesprochen wurde.

Frau Eisenbeck bemerkte unwillig: "Die Leute aus dem Volke lernen doch gar nichts, Sie können nichts begreifen. Von den Sitten in der gelehrten Welt hat das Volk auch gar keine Ahnung."

Frau Johannes Hevelius blieb ganz still. Da erklärte Frau Goldbeck: "Aber jetzt, Frau Hevelius, möchte ich doch etwas wissen. Wir sprachen doch neulich schon darüber, dass die anderen Planeten auch von Menschen bewohnt werden. Und da fragt ich Sie nun, Frau Hevelius, würden zum Exempel auf dem Planeten Jupiter die Gelehrten auch ihre Namen umändern, wenn sie wirkliche Gelehrte geworden sind? Das möchte ich gern wissen. Über diese ungebildete Mehner habe ich mich auch geärgert. Das können Sie mir glauben, Frau Hevelius."

Frau Johannes Hevelius wandte mit dem Kopfe hin und her und sprach dann mit hochgezogenen Augenbrauen folgendermaßen: "Die Gelehrten sind ja noch nicht so weit, dass sie behaupten können: wir wissen alles. Aber sobald man seinen natürlichen Scharfsinn anwendet, kommt man doch hinter die meisten Geheimnisse des Himmels. Dem einfachen Volk bleibt ja fast alles verschwiegen. Doch der Gelehrte, der im Denken gewüst ist, kann

Praktisches.

Auffrischung seiner weichen Schleier- und Spitzenblusen. Diese gern getragenen, duftigen Bekleidungsstücke der Frauenvelt sind leider nur lange Zeit ein Schmuck ihrer Trägerin, wenn sie nicht sorgsam aufgefrischt werden. Sie bedürfen nämlich einer leichten Appretur, um den erwünschten "Stand" zu bekommen, ohne den sie beim Tragen immer leicht unsauber aussiehen. Diesen darf man ihnen aber nicht durch Kleiderleim oder Stärke verschaffen, sondern spül sie nach dem Umherschwanken und leichtem Ausdrücken in warmem Perzikwasser (1 Eßlöffel auf 5 Liter Wasser) mehrmals in klarem Wasser, drück sie leicht aus und appretiere sie dann mit einer Mischung von 2 Gramm Gummitragant und 2 Gramm weißer, aufgelöster Gelatine, die man beide gesondert in etwas heißem Wasser auf löst und mit dem leichten Spülwasser mischt. Gut ausgetrocknet, müssen dann die Blusen von neuem eingesprengt, in ein Tuch gewickelt und nach einer Stunde gebügelt werden, um tatsächlich wie neu zu erstehen.

Von der Gemüsezubereitung.

Ist Dämpfen oder Kochen der Gemüse zweckmäßiger? Unsere alte Methode der Gemüsezubereitung: also das Kochen im Wasser entzieht ihnen eine große Menge von wichtigen Nährwerten, namentlich die unerlässlichen Nährsalze wie Eisen, Chlor, Kali, Kali, Magnesia, Natron, Phosphorsäure usw. Diese sind aber für unsere Ernährung außerordentlich wichtig. Ja, es kann dazu kommen, dass, wie Dr. Lehmann sagt: "Ein längeres Mangel an einzelnen dieser Stoffe in unserer Nahrung zu schweren Erkrankungen Anlass geben kann." Werden nun die Gemüse statt im Wasser gekocht und dadurch ausgelöst, nur durch Dampf gekocht, also in einem durchlöcherten, siebähnlichen Einsatz dargestellt, bereitet, dass das notwendige Kochwasser sie in diesem etwas hochgestellten Einsatz gar nicht erreichen kann, dann bleiben in ihnen fünfmal mehr Nährwerte erhalten als bei der alten Zubereitungsweise. Dr. J. Roland hat in seiner "Theorie und Praxis des Küchenbetriebes" eine außerordentlich wertvolle Aufstellung gemacht. Die Unterschiede zwischen gekochten und gedämpften Gemüsen bezüglich Verluste an Nährwerten stellt er wie folgt:

	Eisen	Stärke	Min. St.
Spinat	5 Min. gef. 5,39%	2,66%	16,7%
	5 ged. 4,16%	1,60%	13,1%
Spargel	7—10 Min. gef. 4,75%	2,40%	12,4%
	7—10 ged. 4,35%	1,70%	7,0%
Blumenkohl	5 Min. gef. 15,5 %	9,0 %	20,7%
	5 ged. 4,7 %	1,7 %	7,7%
Karotten	15 Min. gef. 7,4 %	2,0 %	17,1%
	15 ged. 2,0 %	1,4 %	7,1%
Bohnen	4 Min. gef. 11,5 %	9,61%	25,5%
	4 ged. 2,22%	0,67%	5,4%

Da zudem die Gemüse beim Dämpfen meist erheblich roschartig beim Kochen im Wasser gar werden, liegt es im eigenen Interesse der Hausfrau, aus doppelten Sparmaßnahmen umzuturnen.

Rezepte.

Schwäbischer Heidelbeertorte. Fertige einen gewöhnlichen Hefeteig an. Nach vollzogener Gare dünn ausrollen, auf ein Blech legen, einen Rand anbringen, etliche Eßlöffel feingetrockneten Zwetschken oder Semmelbrösel einstreuen, die erforderlichen, zuvor gereinigten, gezuckerter und leicht erwärmeten — nicht gekochten — Heidelbeeren darauf streuen, nun 40 bis 50 Minuten mit einem Tuch bedeckt in die Wärme stellen, nach dem Aufgehen Bimzukuchen überstäuben, ihn ziemlich heiß backen, damit der Kuchen nicht austrocknet.

See-Zwieback. Von 500 Gramm Mehl, 200 Gramm Margarine, Körnchen Salz, 100 Gramm Zucker, einige Tropfen Süßstoff, ein bis zwei Eier oder 50 Gramm Trocken-Walzepulver, Prise Vanille oder die abgeriebene Schale einer halben Zitrone und 15 Gramm Badelpulver oder 10 Gr. Hirshornzucker kneten wir auf dem Nudelbrett einen glatten Teig, rollen ihn bleistiftdhart aus, stechen mittels gehämmertem Ausstecker oder Glasrand runde Plätzchen davon und baden diese auf gesetztem Blech zu dunkelgelber Farbe hinunter.

Schwäbischer Heidelbeertorte. Fertige einen gewöhnlichen Hefeteig an. Nach vollzogener Gare dünn ausrollen, auf ein Blech legen, einen Rand anbringen, etliche Eßlöffel feingetrockneten Zwetschken oder Semmelbrösel einstreuen, die erforderlichen, zuvor gereinigten, gezuckerter und leicht erwärmeten — nicht gekochten — Heidelbeeren darauf streuen, nun 40 bis 50 Minuten mit einem Tuch bedeckt in die Wärme stellen, nach dem Aufgehen Bimzukuchen überstäuben, ihn ziemlich heiß backen, damit der Kuchen nicht austrocknet.

Frau Eisenbeck bemerkte: "Es wird schon spät. Wir müssen aufbrechen. Beim Hafenbeamter Piwlo wartet man auf uns zum Mittag."

Frau Goldbeck hob beschwichtigend die linke Hand auf und flüsterte hastig: "Frau Hevelius ist eine gelehrte Frau. Sie wird uns auch sagen, was sie weiß."

Frau Hevelius fuhr nun lächelnd fort: "Sturmisch muss es auf dem Jupiter sein — sehr stürmisch." Ein Orkansturm ist's. Darum muss da alles fest verankert sein. In Gehen darf der Jupitermenschen nicht denken, darum ist er wie ein Baum mit starken Wurzeln an die Jupiterhaut gebunden. Ist er aber so wie Baumstämme, wie die Palme, ganz fest mit der Sternhaut verbunden, so darf er an Gesellschaften nicht denken. Er kann doch nicht hingehen. Er hat ja keine Beine. Und deshalb sind auch die Namen auf dem Jupiter ganz unbekannt. Und deshalb ist auch eine Veränderung der Namen dort gar nicht denbar, weil's eben keine Namen bei den Jupitermenschen gibt."

"Das ist sehr gelehrte!" sagte Frau Goldbeck. Und danach verabschiedeten sie sich und fuhren in schwerer Kutsche zu Herrn Piwlo, während Herr Johann Hevelius mit gravitätischer Geiste aus seinem Arbeitszimmer herauskam und zärtlich seiner Gattin die Hand hielt — dreimal — mit gravitätischer Geiste.

"Woher weißt Du das?" fragte er, "vom Jupiter?"

"Oh," erwiderte Frau Johanna, "ich habe das nur so gesagt, um den Leuten nicht die Antmort schuldig zu bleiben. Nur man das, so halten sie uns nicht mehr für gelehrte."

Da versetzte Herr Hevelius: "Steh Dir morgen früh Deine besten seidenen Kleider an. Ich habe eine Überraschung für Dich."

"Ah!" rief Frau Hevelius, "ich ahne etwas."

Da erklang ein herrliches Glöckenspiel von St. Katharin. Ein neuer Glöckenspielmester aus Amsterdam spielte im Turm auf einer Orgel, die lautet Glöckchen — viele große und kleine — in Bewegung setzte.

Am nächsten Sonntag, wieder um dieselbe Zeit, spielte der Glöckenspielmester aus Amsterdam abermals. Jeden Tag mittags von 1/2 bis 12 Uhr musste er spielen — immer was er gerade wollte.

Und Herr Pistorius zeichnete währenddem Herrn und Frau Hevelius auf dem Dache der Sternenburg, neben dem Sägenten stehend und Sternhöfen messend — Frau Hevelius ganz in Größe.

Die Mehner kam und berichtete: "Die fünf Laken sind wieder da, Frau Hevelius."

Da zog Frau Hevelius die Augenbrauen hoch und wunderte sich sehr, dass die alte Mehner die lateinische Namensform beifügte.